Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 1. 6.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesestr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheck.: Hannover 23 589

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Wegfall. - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 215 — Dienstag, den 13. September 1932 — 114. Jahrgang

Auflösung des Reichstags

Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung mit 513 gegen 32 Stimmen angenommen

Wie es kam

Die zweite Sitzung des neuen Reichstages hat sich zu einem Tag von geschichtlicher Bedeutung gestaltet. Ihr Ergebnis ist ein Verfassungskonflikt, dessen Tragweite sich noch nicht überschauen läßt.

Auf der Tagesordnung stand: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung". Im Reichstag bestanden kaum Zweifel darüber, daß nach der Rede des Reichskanzlers und der sich daran in den nächsten Tagen anschließenden Debatte, aber noch vor der Abstimmung über die Anträge gegen die Notverordnung und die Mißtrauensanträge die Auflösungsorder des Reichspräsidenten kommen würde. Zweifelhaft war nur, wie sich die Kampftaktik zwischen dem Reichskabinett und der Reichstagsmehrheit entwickeln würde.

Als bei Beginn der Sitzung der Kommunist Torgler eine Aenderung der Tagesordnung dahin verlangte, daß noch vor der Kanzlerrede über Notverordnung und Mißtrauensvotum abgestimmt werden sollte, glaubte kein Mensch, daß dieser Antrag durchgehen würde. Es genügt nämlich der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten, um eine solche Umstellung der Tagesordnung zu vereiteln. Nach der Haltung der Deutschnationalen im Aeltestenrat wurde sicher mit dem Widerspruch dieser Partei gerechnet. Darum wirkte es als eine Sensation, als nach Mitteilung des kommunistischen Antrages durch den Reichstagspräsidenten von keiner Seite ein Widerspruch erfolgte.

Auf nationalsozialistischen Antrag wurde die Sitzung sofort um eine halbe Stunde unterbrochen, weil die Reichstagsmehrheit zu der überraschend gekommenen neuen Lage Stellung nehmen wollte. Die Haltung der Deutschnationalen wurde dahin ausgelegt, daß man der Regierung die Möglichkeit schaffen wollte, noch vor der jetzt auf der Tagesordnung stehenden Abstimmung, also auch vor der angekündigten Unterredung des Reichspräsidenten mit den Vertretern der Reichstagsmehrheit, den Reichstag aufzulösen.

Reichstagspräsident Göring hatte schon die Sitzung wieder eröffnet, als einige Sekunden später der Reichskanzler im Saale erschien. Von Papen zeigte ostentativ den roten Aktendeckel, der in der Vorkriegszeit als die traditionelle Hülle für die Auflösungsorders galt. Der Reichstagspräsident erklärte kurz, daß die Tagesordnung nach dem kommunistischen Antrag geändert sei, und er eröffnete sofort die gemeinsame namentliche Abstimmung über Notverordnung und Mißtrauensantrag. Reichskanzler von Papen erhob sich und meldete sich durch Handaufheben zum Wort. Der Reichstagspräsident übersah das geflissentlich, und als der Reichskanzler die Wortmeldung mündlich am Präsidententisch vorbrachte, erklärte Präsident Göring, während der Abstimmung könne er das Wort nicht erteilen. Nun öffnete der Reichskanzler den roten Deckel und legte die Auflösungsorder auf den Präsidententisch. Präsident Göring schob sie weg mit der Bemerkung, während der Abstimmung könne er sich mit anderen Dingen nicht beschäftigen.

Im Saale wußte man natürlich genau, was gespielt wird, und die Vertreter der schärfsten Opposition riefen höhnisch zum Regierungstisch, der Reichskanzler sei zu spät gekommen. Sein Ueberrumpelungsversuch sei vereitelt. Die Mitglieder der Reichsregierung verließen den Saal.

Als Ergebnis der Abstimmung stellte der Präsident fest, daß der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung und zugleich der Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett mit 513 gegen 32 Stimmen bei fünf Enthaltungen angenommen sei.

Den Meldungen zur Geschäftsordnung, die von Deutschnationalen und vom kommunistischen Fraktionsführer eingegangen waren, gab Präsident Göring keine Folge. Nach der Geschäftsordnung ist er dazu auch nicht verpflichtet.

Der Reichstag ist aufgelöst worden, da die Gefahr bestand, daß die Notverordnung vom 4. September aufgehoben wurde.

Er erklärte unter großer Spannung des Hauses, daß er nach der Verfassung nicht verpflichtet gewesen sei, dem Reichskanzler während der Abstimmung das Wort zu erteilen oder die Abstimmung durch Verlesung der ihm inzwischen überreichten Auflösungsorder zu unterbrechen. Jetzt aber sei diese Auflösungsorder hinfällig geworden, denn sie sei gegengezeichnet von dem Kanzler einer Regierung, der der Reichstag mit überwältigender Mehrheit das Mißtrauen ausgesprochen habe, die also nach der Verfassung nicht mehr im Amte sei. Unter dem stürmischen Beifall der Mehrheit erklärte Präsident Göring weiter, daß er die Verfassung und die Rechte der Volksvertretung wahren und den Reichspräsidenten unter Hinweis auf die durch die Abstimmung geschaffene Lage um Zurücknahme der Auflösungsorder bitten werde. Präsident Göring bekundete die Nichtanerkennung der Auflösungsorder auch dadurch, daß er für Dienstag eine neue Reichstagssitzung einberief.

Damit ist ein schwerer staatsrechtlicher Konflikt zwischen der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit ausgebrochen. Die Reichsregierung betrachtet das Vorgehen des Reichstagspräsidenten als verfassungswidrig. Sie steht auf dem Standpunkt, daß der Reichstag im Einklang mit der Reichsverfassung aufgelöst sei und daß die Einberufung einer neuen Sitzung des bereits aufgelösten Reichstages Gesetz und Verfassung widerspreche. Die Reichstagsopposition gegen die Regierung ist in der Beurteilung der staatsrechtlichen Konsequenzen des Konfliktes nicht einig. Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits erklärt, daß sie den Reichstag als aufgelöst betrachte und deshalb an der für Dienstag einberufenen Aeltestenratssitzung, also auch an einer eventuellen Reichstagssitzung, nicht teilnehmen werde. Die vier Abgeordneten der Staatspartei, die sich an der Abstimmung nicht beteiligt hatten, haben erklärt, daß sie die Begründung der Auflösungsorder für verfassungsrechtlich unmöglich halten, die Begründung nämlich, daß der Reichstag aufgelöst werde, weil von ihm eine Ablehnung der Notverordnung zu befürchten sei. Da auch die Zentrumsfraktion erklärt hat, daß nach ihrer Auffassung der Reichstag nicht mehr vorhanden sei, hat der Reichstagspräsident auf die Einberufung des Aeltestenrats verzichtet und statt dessen zu einer Parteiführerbesprechung eingeladen. Die nächsten Tage werden zeigen, ob sich aus dem staatsrechtlichen Konflikt noch andere Folgen als Neuwahlen ergeben.

Eine Darstellung der Reichsregierung

Unmittelbar nach der Reichstagssitzung fand eine Pressekonferenz statt, in der die Reichsregierung folgende Darstellung der plötzlichen Ereignisse gab:

Der Abgeordnete Torgler hatte eine Aenderung der Tagesordnung verlangt, um seinen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September sofort zur Abstimmung zu bringen. Gegen den Antrag erhob sich kein Widerspruch. Die Sitzung wurde auf Antrag des Abgeordneten Dr. Frick auf eine halbe Stunde vertagt. Als die Sitzung wieder eröffnet wurde, verliefen die weiteren Ereignisse so, daß man sie nur als einen Ueberrumpelungsversuch, der vereitelt worden ist, bezeichnen kann. Es wurde vom Reichstagspräsidenten festgestellt, daß sich kein Widerspruch gegen den Antrag Torgler erhoben hätte. Auf Grund dessen stellte er diesen Antrag zur Abstimmung. Als dieser Satz gesprochen war, hat sich der Herr Reichskanzler sofort zum Wort gemeldet, um dem Reichstagspräsidenten die mittlerweile eingetroffene Auflösungsorder zu übergeben und sie zu verkünden. Nach Artikel 33 der Verfassung ist jeder Vertreter der Reichsregierung auch außerhalb der Tagesordnung zu hören. Dieser Verfassungsbestimmung hat der Reichstagspräsident nicht nachgegeben, sondern er hat dem Reichskanzler das erstemal, und als der Reichskanzler daraufhin noch einmal das Wort verlangte, auch das zweitemal zugerufen: „Erst nach der Abstimmung". Das widerspricht der Verfassung. Der Reichskanzler hat daraufhin dem Reichstagspräsidenten Göring die Auflösungsorder des Reichspräsidenten übergeben, die folgenden Wortlaut hat:

> Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Verordnung vom 4. September verlangt.
>
> Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg.
> Der Reichskanzler: gez. von Papen.
> Der Reichsinnenminister:
> gez. Freiherr von Gayl.

Mit dem Augenblick der Ueberreichung dieser Order an den Reichstagspräsidenten ist sie rechtsgültig geworden. Die daraufhin noch vorgenommene Abstimmung ist rechtsungültig. Selbst aber dann, wenn diese Abstimmung rechtsgültig gewesen und die Auflösungsorder erst nachher dem Reichstag zur Kenntnis gebracht worden wäre, auch in diesem Falle wäre die Rechtsgültigkeit der Auflösungsorder nicht zu bestreiten. Tatsächlich ist sie aber schon in Kraft getreten, bevor die Abstimmung stattfand.

Auf Befragen wurde von Regierungsvertretern mitgeteilt, daß, falls der Aeltestenrat des Reichstags jetzt beschließen sollte, Dienstag nachmittag eine Reichstagsplenarsitzung abzuhalten, die Regierung hieraus die Konsequenzen ziehen und entsprechende Beschlüsse fassen werde.

Ein Schreiben des Reichskanzlers an den Reichstagspräsidenten

Reichskanzler von Papen hat an den Präsidenten des Reichstages der 6. Wahlperiode, Goering, nachstehendes Schreiben gerichtet:

> Ich stelle fest, daß Sie entgegen dem Artikel 33 der Verfassung des Deutschen Reiches sich geweigert haben, mir in der heutigen Reichstagssitzung das Wort zu erteilen. Sie haben mich dadurch gezwungen, Ihnen die Auflösungsurkunde des Herrn Reichspräsidenten zu überreichen, ohne sie verlesen zu können. Mit diesem Augenblick war der Reichstag aufgelöst.
>
> Die von Ihnen nachher veranlaßte Fortsetzung der Sitzung und die von Ihnen geleitete Abstimmung waren verfassungswidrig. Auch jede weitere Versammlung und Beschlußfassung des aufgelösten Reichstages mit Ausnahme der im Artikel 35 der Reichsverfassung vorgesehenen Möglichkeiten würde gegen die Reichsverfassung verstoßen.

Die Auffassung des Reichstagspräsidenten

Reichstagspräsident Göring empfing, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, am Montagnachmittag die Presse, um seinerseits zu der Reichstagsauflösung Stellung zu nehmen. Er erklärte, daß die Reichsregierung zunächst lediglich vor dem Reichstage ihre Erklärung abgeben wollte. Schon die Art und Weise, wie die weitere Debatte verlaufen würde, sollte die Reichsregierung instand setzen, den Reichstag aufzulösen.

Als keine der Fraktionen dem kommunistischen Antrag widersprach, sei er verpflichtet gewesen, sofort zu Beginn der zweiten Sitzung mit der Abstimmung zu beginnen. Er habe die Sitzung eröffnet und sofort bei Eröffnung festgestellt, daß er die Anträge zur Abstimmung bringe. Er habe das Wort zur Abstimmung noch nicht ausgesprochen gehabt, als von Papen zunächst nur die Hand erhob, während aus der gleichen Richtung das Wort „namentlich" kam, so daß er habe annehmen müssen, auch von Papen verlange die namentliche Abstimmung.

Nach meiner Auffassung und der des Reichstages, so erklärte Präsident Göring, hätte ich die Abstimmung bereits begonnen und eröffnet, als der Reichskanzler um das Wort bat. Nach der Verfassung bin ich verpflichtet, der Reichsregierung jederzeit das Wort zu geben, aber nicht wenn ein anderer Redner spricht oder eine Abstimmung vor sich geht. Ich habe dem Reichskanzler bedeutet, er würde sofort nach der Abstimmung das Wort erhalten. Der Reichskanzler legte darauf ein Stück Papier auf meinen Präsidententisch, das ich zunächst nicht angesehen habe. Ich habe die Abstimmung durchgeführt, sie ist eine Handlung in sich, die nicht unterbrochen werden kann. Im Augenblick, wo eine Abstimmung beginnt, ist auch das Resultat der Abstimmung mit diesem Zeitpunkt vereinigt und die Abstimmung ist ein unmittelbares Ganzes. Als ich das Resultat bekanntgab, hatte sich die Reichsregierung bereits entfernt, und ich habe nun angenommen, daß der Reichskanzler mir auf diesem Zettel eine Mitteilung über seine Entfernung gemacht hatte. Ich habe dann gesehen, daß es sich um die Auflösung des Reichstages handelte und den Standpunkt eingenommen, daß eine Regierung, die soeben durch eine überwältigende, noch nie dagewesene Mehrheit der Vertretung des deutschen Volkes gestürzt wurde, zur Gegenzeichnung eines solchen amtlichen Erlasses nicht das Recht hat. Erst in dem Augenblick, wo der Reichspräsident diese Regierung in den Stand einer geschäftsführenden wieder einsetzt und uns die Mitteilung zukommen läßt, gewinnt auch die Gegenzeichnung dieser Regierung wieder Wert. Jedenfalls ist es ein Streitobjekt, und ich habe die Mitteilung erhalten, daß Länderregierungen die Absicht haben, augenblicklich und unverzüglich beim Staatsgerichtshof eine Entscheidung und einstweilige Verfügung herbeizuführen, da sie legitimiert sind, während der Reichstag durch eine Lücke der Verfassung nicht legitimiert ist, diesen Streit beim Reichsgericht zu führen. Die Länder werden den Streit dahin präzisieren, ob eine gestürzte Reichsregierung überhaupt durch Gegenzeichnung einen Reichstag auflösen kann. Die Frage, ob der Reichstag vor der Abstimmung bereits aufgelöst war, verneine ich auf das entschiedenste. Fest steht, wie immer auch das Reichsgericht entscheiden mag, daß die Abstimmung unter allen Umständen zu Recht besteht, daß das Kabinett Papen mit erdrückender Mehrheit gestürzt worden ist. Ich werde nun zur Zeit mit den Parteiführern darüber konferieren, welche Schritte weiterhin zu unternehmen sind. Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes werde ich Amtshandlungen des Reichstages, soweit es sich nicht um die fortbestehenden Ausschüsse handelt, unterlassen.

Zu der Auflösung selbst erklärt der Präsident, daß der Reichstag mit Ausnahme der Deutschnationalen die Auffassung vertrete, der Reichspräsident könne zwar de jure den Reichstag auflösen, so oft er wolle, de facto aber habe dies

mal keine Begründung vorgelegen. Es sei bisher in der Geschichte noch nicht dagewesen, daß der Reichstag präventiv aufgelöst wurde, nämlich aus dem Grunde, daß die Gefahr bestand, es könnte eine Verordnung aufgehoben werden. Die Verfassung gebe dem Reichspräsidenten solchen Grund nicht an die Hand.

Präsident Göring nahm weiter Stellung zu den Gerüchten, daß vorläufig keine Neuwahl oder dann eine Wahl unter verändertem Wahlrecht erfolgen würde und erklärte: Selbstverständlich würde ein derartiger Schritt unseren schärfsten Widerstand mit allen nur denkbaren Mitteln hervorrufen. Es handelt sich hier nicht um einen Konflikt Reichstag — Reichspräsident, sondern um einen Konflikt des Volkes und seiner Vertretung gegenüber einer kleinen Schicht einer gewissen Gesellschaftsklasse. Der Reichspräsident hat seinerzeit den Reichstag aufgelöst, um das Volk nach seinem Willen zu befragen. Der Wille des Volkes ist eindeutig zum Ausdruck gekommen, und wenige Wochen später hat man sich über diesen Willen des Volkes hinweggesetzt. Als Präsident der deutschen Volksvertretung liegt es mir ob und bin ich entschlossen, alle mir zur Verfügung stehenden Mittel auszunutzen, um die Rechte des deutschen Volkes zu wahren.

Auf Fragen teilte Präsident Göring noch mit, daß er dem Reichspräsidenten brieflich mitteilen werde, daß die Reichsregierung gestürzt sei. Es sei möglich, daß das Reichsgericht auch einem gestürzten Ministerium das Recht zur Gegenzeichnung eines Auflösungsdekrets zubillige, dann bleibe aber zum mindesten die bereits erfolgte Abstimmung bestehen.

Abg. Löbe beruft den Ueberwachungsausschuß ein

Als Mitglied des Aeltestenrats und zugleich als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses hat der sozialdemokratische Abg. Löbe, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, folgenden Brief an den Reichstagspräsidenten Göring gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Aeltestenrates nehmen an der von Ihnen einberufenen Aeltestenratssitzung nicht mehr teil, da der Aeltestenrat durch die Auflösung des Reichstages mit betroffen worden ist.

Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlußansprache aufgeworfen wurden, gehören vor den Ausschuß zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen wird. Als Vorsitzender berufe ich diesen Ausschuß ein und werde den Zeitpunkt der Sitzung noch heute bekannt geben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Löbe.

Keine Aeltestenrats- und keine Plenarsitzung

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, kam die vom Reichstagspräsidenten Göring am Schluß der Reichstagssitzung angekündigte Sitzung des Aeltestenrats, die bald nach dem Plenum stattfinden sollte, nicht zustande. Im Beratungszimmer des Aeltestenrats hatten sich neben dem Direktor beim Reichstage nur die kommunistischen Vertreter und der der Bayerischen Volkspartei angehörende Vizepräsident Rauch eingefunden. Präsident Göring hielt mittlerweile noch Besprechungen über die staatsrechtliche Lage ab. Schließlich wurde bekannt, daß die Aeltestenratssitzung vertagt sei, bis die staatsrechtlichen Fragen geklärt wären. Als Termin für die nächste Plenarsitzung des Reichstages war bereits Dienstag nachmittag 3 Uhr bestimmt. Es muß, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, als fraglich bezeichnet werden, ob nach der neuerlichen Auffassung des Präsidenten Göring über die Notwendigkeit einer vorherigen Aufklärung der staatsrechtlichen Folgen das Reichstagsplenum tatsächlich am Dienstag zusammentritt. Das würde auch für die Reichsregierung eine neue Lage ergeben, die dann wahrscheinlich nicht mehr gezwungen wäre, scharfe Folgerungen aus dem Verhalten des Reichstages schon heute zu ziehen.

Wie das genannte Büro ergänzend erfährt, fand nach der Reichstagssitzung beim Präsidenten Göring eine Aussprache zwischen den Vertretern der Nationalsozialisten und des Zentrums statt, in der die Vertreter des Zentrums zum Ausdruck brachten, daß an der Rechtsgültigkeit der Auflösung des Reichstages gar kein Zweifel bestehen könne. Als Ergebnis dieser Besprechung wurde die Aeltestenratssitzung abgesagt und der Plan eines neuen Zusammentritts des Reichstages fallen gelassen. Präsident Göring hat sich vorbehalten, eine Klärung der verfassungsrechtlichen Streitfrage durch Juristen herbeiführen zu lassen. Es ist möglich, daß deshalb der Staatsgerichtshof angerufen wird, was nötigenfalls wegen der vielleicht umstrittenen Legitimation zu einem solchen Vorgehen durch eine oder mehrere Länderregierungen geschehen könnte. Bis zu einer solchen verfassungsrechtlichen Entscheidung wird jedenfalls eine neue Reichstagssitzung nicht stattfinden.

Eine Fraktionsführerbesprechung

aller Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen, die als Ersatz für den nach der Auflösung des Reichstages nicht mehr bestehenden Aeltestenrat Montagabend unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Goering zusammentrat, hatte, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, das Ergebnis, daß am Dienstagvormittag der Ueberwachungsausschuß und am Dienstagnachmittag der Auswärtige Ausschuß des Reichstages Sitzungen abhalten sollen. Diese beiden Ausschüsse bleiben nach der Reichsverfassung bestehen, auch wenn der Reichstag vertagt ist oder kein Reichstag mehr vorhanden ist.

Im übrigen hat sich an der Situation, so wie sie Reichstagspräsident Goering nachmittags der Presse geschildert hatte, nichts geändert. Der Reichstag selbst wird also vorläufig nicht mehr zusammentreten. Den Vorsitz im Ueberwachungsausschuß führt der frühere Reichstagspräsident Löbe, den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß der nationalsozialistische Fraktionsführer Dr. Frick.

Was Parteien sagen

Die Sozialdemokratische Partei hat, wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, im Reichsinnenministerium die Ingangsetzung eines Volksbegehrens auf Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. September beantragt. Im übrigen ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Auffassung, daß durch die Verlesung der Auflösungsorder durch den Reichstagspräsidenten Göring diese Verordnung in Kraft getreten ist, so daß also spätestens mit dem Zeitpunkt der Verlesung der gegenwärtige Reichstag aufgehört hat zu bestehen.

•

Von der **Deutschen Staatspartei** wird dem Nachrichtenbüro des VDZ mitgeteilt: Die Abgeordneten der Deutschen Staatspartei Dietrich, Hauß, Lemmer und Stolper haben sich an der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September, verbunden mit einem Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett, nicht beteiligt. Ein Verfahren, das von vornherein zu schwersten Konflikten führen mußte, konnten sie im Interesse des deutschen Volkes nicht verantworten. In der Tat hat dieses Vorgehen alsbald zu dem gefährlichsten Verfassungskonflikt geführt, den die deutsche Republik bisher zu bestehen hatte.

•

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz nimmt zu den Vorgängen im Reichstag u. a. wie folgt Stellung: Das mit der erdrückenden Mehrheit von 513 : 32 Stimmen ausgesprochene Mißtrauensvotum gegen die Regierung von Papen hat mit einem Schlage die politische Situation geklärt und vor aller Welt kundgetan und bestätigt, was wir immer behauptet haben, daß diese Regierung eine Regierung ohne Volk ist. Der Reichstagspräsident hat nach der Abstimmung der Auffassung der überwiegenden, weit mehr als zwei Drittel des Reichstages umfassenden Mehrheit Ausdruck gegeben mit der Erklärung, daß vom Herrn Reichspräsidenten nach Kenntnisnahme dieses Mißtrauensvotums erwartet werden dürfe, daß er das vor der Abstimmung unterzeichnete Auflösungsdekret zurückziehen werde. Wir können und wollen nicht annehmen, daß der Herr Reichspräsident noch länger einem Kabinett sein Vertrauen schenkt, das fast vom gesamten deutschen Volk in so unzweideutiger verfassungsmäßiger Weise im Reichstag mit schärfstem Mißtrauen abgelehnt worden ist.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion veröffentlicht folgende Erklärung: „Nachdem die Nationalsozialisten im Verein mit dem Zentrum den vergeblichen Versuch gemacht hatten, den Reichspräsidenten zur Aufrichtung einer neuen Parteiherrschaft zu bewegen, gingen sie in der Reichstagssitzung am 12. September zur offenen Revolte gegen die Staatsführung über. Der Reichstagspräsident Göring hat die Entgegennahme der verfassungsmäßigen Auflösungsorder verweigert und ist in der Nichtachtung von Recht und Gesetz so weit gegangen, daß er die Auflösung als ungültig zu bezeichnen wagte. Das bedeutet die Ausrufung der Parteiherrschaft gegen den Staat. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat den Reichstag verlassen. Als Rumpfparlament blieben zunächst die Parlamentsparteien, bestehend aus Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, den Kommunisten und dem Zentrum in fruchtloser Demonstration zusammen, um schon eine Stunde später in Streit zu geraten. Wir Deutschnationalen werden uns nach wie vor für die autoritäre Staatsführung des Reichspräsidenten von Hindenburg gegen Parlaments- und Parteiherrschaft einsetzen. Wir sind dessen gewiß, daß in diesem Kampfe das nationale Deutschland, das die Parteiherrschaft hassen gelernt hat, zu uns steht. Der 12. September muß zur Geburtsstunde des neuen Deutschland werden."

Der sozialdemokratische Antrag auf Volksbegehren zwecks Aufhebung der Notverordnung

Die SPD. hat beim Reichsinnenminister die Zulassung des folgenden Volksbegehrens beantragt:

Entwurf eines Gesetzes über Aufhebung einer Verordnung des Reichspräsidenten betreffend sozialpolitische Maßnahmen.

Der Reichstag hat auf Volksbegehren das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1: Der zweite Teil „sozialpolitische Maßnahmen" der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 wird mit Wirkung vom 4. September außer Kraft gesetzt.

§ 2: Dieses Gesetz tritt mit der Verkündung in Kraft.

Durch die Annahme dieses Volksbegehrens, so wird von der sozialdemokratischen Partei dem Nachrichtenbüro des VDZ. dazu erklärt, sollen die Lohnsenkungen und der Einbruch in die Tarifpolitik unmöglich gemacht werden. Daß in das Volksbegehren die anderen Notverordnungen nicht mit aufgenommen worden sind, bedeutet nicht eine Zustimmung der sozialdemokratischen Partei zu diesen Verordnungen. Die anderen Notverordnungen enthalten Bestimmungen, die den Reichshaushalt oder Finanzgesetze berühren und die deshalb nach der Verfassung nicht auf dem Wege des Volksentscheids abgeändert werden können.

Keine Mehrausgaben durch die Personalveränderungen in Preußen

Es ist behauptet worden, daß durch die Personalveränderungen in Preußen der Personaletat mit rund 1 Million mehr belastet worden sei. Wie von amtlicher preußischer Seite demgegenüber festgestellt wird, sind keinerlei Mehrausgaben durch die Personalveränderungen entstanden. Ebenso unzutreffend sind die Behauptungen über die Bezüge des Bevollmächtigten des Reichskommissars, Dr. Bracht. Dr. Bracht bezieht nach wie vor sein Gehalt als Oberbürgermeister von Essen, das während der Dauer seiner Amtszeit vom preußischen Staat übernommen worden ist.

Grenzlandkundgebung in Zweibrücken

Zu einer großen Grenzlandkundgebung gestaltete sich in Zweibrücken die Feier der Enthüllung eines **Denkmals für Ebert, Erzberger und Rathenau,** der etwa 15 000 Teilnehmer beiwohnten.

Chefredakteur **Braun-Saarbrücken,** Mitglied des Saarländischen Landesrats, hielt die Weiherede, die in einem Treuebekenntnis zu Reich, Nation und Volk gipfelte. Die Zentrumspartei, die Deutsche Staatspartei und die Sozialdemokratische Partei ließen Kränze niederlegen.

Auf einer anschließenden Grenzlandkundgebung auf der Rennwiese bezeichnete u. a. der frühere preußische Innenminister **Severing** die heutigen Verhältnisse in der Reichshauptstadt als nur vorübergehend, trat für die Revision der Versailler Bestimmungen ein und mahnte die Erschienenen sich bereitzuhalten für die Verteidigung von Demokratie und Republik.

Aus der Untersuchungshaft entwichen

Aus Gleiwitz, 12. Sept., wird gemeldet: Sonntag nachmittag ist der SA-Führer von Gleiwitz-Zernik, Rolle, aus dem Groß-Strehlitzer Krankenhaus geflüchtet. Wie seinerzeit gemeldet, wurde eine Polizeistreife im Stadtteil Sosnitza von einem Motorrad aus beschossen. Rolle und der zweite Motorradfahrer wurden am nächsten Tag in Untersuchungshaft genommen. Dort hatte Rolle einen Löffel verschluckt und mußte in das städtische Krankenhaus in Gleiwitz gebracht werden, aus dem er einen Fluchtversuch unternahm. Er sprang aus dem Fenster des ersten Stockwerks in den Garten, brach sich aber dabei beide Beine und blieb hilflos liegen. Nach diesem Fluchtversuch war Rolle in das Groß-Strehlitzer Krankenhaus gebracht worden, aus dem ihm nun die Flucht gelungen ist.

Die Beratungen in Stresa

Das Wirtschaftskomitee der Konferenz von Stresa beschäftigte sich Montagvormittag mit einem deutschen und einem französischen Kombinationsvorschlag. Die Vorschläge bezwecken, wenigstens zwischen den alten deutschen, französischen und italienischen Vorschlägen eine Brücke zu schlagen, um so dem Ziel einer allgemeinen Konvention näher zu kommen. Der deutsche Vorschlag empfiehlt nach wie vor bilaterale Verträge für Präferenzen. Er sieht jedoch nunmehr vor, daß Staaten, welche keine Präferenz gewähren sollen oder können, ihren Beitrag zur Linderung der Not in Südosteuropa in irgendeiner anderen noch zu bestimmenden Form leisten werden. Ferner wird in dem deutschen Vorschlag den meistbegünstigten Staaten empfohlen, auf die volle Ausnutzung ihrer Meistbegünstigungsrechte zugunsten der Agrarländer zu verzichten. Es wird dabei besonders an die überseeischen Getreideexportstaaten gedacht. Das schon im alten deutschen Vorschlag vorgesehene Komitee soll die Koordination dafür übernehmen. Es braucht nicht wieder betont zu werden, daß für Deutschland ausschließlich Getreidepräferenzen für die reinen Agrarländer nicht in Frage kommen. Der neue französische Vorschlag sieht vor, daß zwar alle Staaten einen Beitrag leisten, daß aber diese in dem Maße verringert werden als Präferenzen gewährt werden. Frankreich kommt so auf seinen Sonnabend gemachten Vorschlag zurück. Bevor die deutsche Delegation zum zweiten französischen Vorschlag Stellung nehmen kann, muß dieser erst in allen Einzelheiten präzisiert werden. Auch in der Sitzung erklärte der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Posse, daß für Deutschland eine Globalsumme für die Einzahlung nicht in Frage käme, da Deutschland keinerlei Abrahmeverpflichtungen eingehen könne. Zu der Frage, ob die zu leistenden Summen ausschließlich für eine Valorisation des Getreides dienen würden, oder ob sie zu einer allgemeinen Wirtschaftshilfe verwendet werden sollen, erklärte der rumänische Vertreter, Madgearu, daß diese Kontribution nicht ausreichend sein könne, um eine allgemeine wirtschaftliche Sanierung herbeizuführen. Heute nachmittag wird sich das Wirtschaftskomitee weiter mit diesen beiden Abänderungsvorschlägen befassen. Das Finanzkomitee der Konferenz beschäftigte sich auch heute vormittag wieder mit der Festsetzung eines bestimmten Arbeitsplanes. Die Schuldnerländer erklärten, daß die Schuldenbelastung den Verhältnissen der Wirklichkeit angepaßt werden müsse. Darauf erwiderten die Gläubigerstaaten, daß die Konferenz von Stresa dies nicht tun könne, da es nicht in ihrer Macht liege, in Privatabkommen einzugreifen. Man hoffe jedoch auch hier, allgemeine Empfehlungen erreichen zu können.

Aus der Luftfahrt

Lästige Stürme — Unfälle

Start des „Graf Zeppelin" verschoben

Aus Friedrichshafen, 12. September, wird berichtet: Der für heute nacht vorgesehene Start des Luftschiffes „Graf Zeppelin" zu einer weiteren Südamerikafahrt, bei der diesmal das Luftschiff bis nach Rio de Janeiro fahren wird, ist verschoben worden, da ein Verlassen der Halle bei dem überaus heftigen Westwind, der seit Sonntag früh herrscht, nicht angebracht erschien. Der Start soll in der Nacht zum Dienstag erfolgen.

Landung eines französischen Ballons in Schlesien

Aus Liegnitz, 12. Sept., wird gemeldet: Ein mit drei Personen besetzter französischer Freiballon ging gestern vormittag in Niederharpersdorf nieder. Die Insassen gaben an, daß sie am Sonnabendnachmittag in Paris aufgestiegen wären und nur bis Brüssel hätten fliegen wollen. Der starke Sturm habe ihren Ballon aber abgetrieben und ihn quer durch Deutschland bis Schlesien gejagt. Die drei französischen Passagiere sind vorläufig in Hainwald einquartiert worden.

Nach einer späteren Meldung stand der Entlassung der Besatzung nichts im Wege. Sie hat sofort die Rückreise nach Paris angetreten. Der Ballon hatte an einer Wettfahrt des französischen Aeroklubs teilgenommen. Da man beim Start des Ballons auf Grund der Windverhältnisse angenommen hatte, daß die Fahrt auf belgisches Gebiet führen würde, waren die Pässe der Besatzung nicht mit den für eine Fahrt nach Deutschland notwendigen Visen versehen.

Polizeihauptmann Jans tödlich abgestürzt.

Bei einer Segelflugveranstaltung in Lindenfels (Odenwald) stürzte der auch als Handballspieler bekannte Darmstädter Polizeihauptmann Jans mit seiner Maschine tödlich ab. Jans segelte schon fast eine halbe Stunde in der Luft, als dann bei einer Rechtskurve ein Flügel abbrach, was den Sturz der Maschine zur Folge hatte. Jans stand im 39. Lebensjahre und flog bereits seit zwei Jahren Segelflugmaschinen. Erst vor kurzem wurde der in der Rhön besonders erfolgreiche Flieger mit der Plakette der Stadt Darmstadt ausgezeichnet.

Zwei Tote bei einem Sportflugzeugabsturz.

In der Nähe von Zürich stürzte am Sonntag abend ein Sportflugzeug ab. Die beiden Insassen waren sofort tot.

Udet sucht nach den Hutchinsons

Die deutsche Universal-Film-Korporation teilt mit, daß der Flieger Udet, der sich zu Filmaufnahmen der deutschen Universal-Film-Expedition in Grönland aufhält, sofort nach Bekanntwerden von dem Verschwinden der Fliegerfamilie Hutchinson angewiesen worden sei, mit seinen drei Flugzeugen die Suche nach den Verschollenen aufzunehmen. Dr. Franck, der Regisseur der Filmexpedition, unterbricht auf Anweisung der Berliner Zentrale die Aufnahmen und stellt die ganze Organisation ebenfalls in den Dienst der Nachforschungen.

Ein Streik in den Berliner Speditionsbetrieben, der am Sonnabend durch Arbeitsniederlegung der Belegschaft der Berliner Rollgesellschaft ausgebrochen ist, hat eine weitere Ausdehnung erfahren, so daß sich bis Montag etwa 600 bis 700 Speditionsarbeiter, also etwa Zweidrittel der Beschäftigten, der Ausstandsbewegung angeschlossen haben. Bei dem Streik handelt es sich um eine wilde Aktion, die sich gegen ein neues Lohnabkommen richtet. Die bestreikten Betriebe haben polizeilichen Schutz erhalten.

5. Klasse 39. Preußisch-Süddeutsche (265. Preuß.) Staats-Lotterie

Gewinnauszug

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

29. Ziehungstag — 10. September 1932

In der heutigen Ziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 145726

12 Gewinne zu 5000 M. 21291 141215 167673 235583 284266 370016

30 Gewinne zu 3000 M. 15505 16399 48218 61274 68064 93698 166071 213522 225363 272748 274047 334689 344318 361532 376011

40 Gewinne zu 2000 M. 928 23175 49465 59068 69299 122455 128921 131695 152991 153518 227280 241865 242895 244571 265892 325340 355605 371903 382111 397812

96 Gewinne zu 1000 M. 11236 19019 47419 61962 74330 82493 86810 91591 104701 109365 114405 116437 122891 123800 131777 136261 140816 144933 146864 152505 160457 167549 190676 192931 198358 212975 224050 234915 235483 251278 253799 254016 261703 267892 275961 278053 281229 285336 295805 301969 308385 324609 355209 362543 367366 375936 377950 391766

166 Gewinne zu 500 M. 4835 25970 25965 29926 36251 37442 38544 43019 43950 45615 49685 50642 55278 56576 66766 71229 77394 86860 97731 102332 103230 108062 117611 133134 135052 136447 137740 142569 143270 144273 146222 146832 162791 173440 179200 184572 185091 192883 196630 202226 206151 206688 212060 212768 215145 218942 220245 220581 224359 225845 233290 233377 238320 240890 245223 246456 249755 254366 255440 272593 272842 275533 279135 279315 282274 282634 285114 286883 291448 331739 337310 344674 351120 352496 353274 360113 363537 366763 376156 377688 381774 382959 395594

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 100 Schlußprämien zu je 8000, 2 Gewinne zu je 50000, 6 zu je 5000, 12 zu je 3000, 26 zu je 2000, 42 zu je 1000, 72 zu je 500, 216 zu je 400 M.

Nr. 215 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Dienstag, den 13. September 1932

Aus der Stadt

Preisbericht für Kleinverbraucher vom 5. 9. — 10. 9. 1932

Brot:

Weizenmischbrot, 1 Pfd. 18,8 bis 19,2 ₰, Roggenmischbrot 1 Pfd. 16—19,2 ₰, Roggeneinbrot, 1 Pfd. 16—18 ₰, Kleingebäck (Schrippen, Brötchen, Semmel pp.), 4 Stück 10 ₰, 3 Stück 9 ₰.

Frischfleisch:

Rindfleisch: Schmorfleisch (Keule, Rindsbraten usw.) mit Knochen, 1 Pfd. 80 bis 100 ₰, Brust und Querrippe (Kochfleisch, **Suppenfleisch usw.), 1 Pfd.** 70—80 ₰, Fehlrippe (Hochrippe, dicke Rippe usw.) 1 Pfd. 70—80 ₰, Gehacktes (Hackfleisch, Schabefleisch usw.), 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Talg (Rindsfett) 1 Pfd. 25 bis 40 ₰.

Schweinefleisch: (Schinken, Keule, Schlegel usw.) 1 Pfd. 70—80 ₰, Kotelett (Karbonade, Rippenstück, Rippchen usw.) 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Schnitzel (Schweinesteak) ohne Knochen, 1 Pfd. 110 bis 130 ₰, Kamm (Nacken, Gratbraten usw.) 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Schulter (Schuft, Schäuferl usw.) 1 Pfd. 75-90 ₰, Bauch (Wammerl usw.) 1 Pfd. 70—80 ₰, Rückenfett (grüner Speck usw.), 1 Pfd. 50—80 ₰.

Kalbfleisch: Keule (Schlegel usw.) mit Knochen, 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Nierenbraten, 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Brust (Brustbraten usw.) 1 Pfd. 70 bis 90 ₰, Schulter (Bug, Blatt, Schäuferl usw.), 1 Pfd. 80—90 ₰, Kamm (Gratbraten usw.), 1 Pfd. 70 bis 80 ₰, Schnitzel ohne Knochen, 1 Pfd. 130—150 ₰.

Hammelfleisch: Keule (Schlegel usw.), mit Knochen, 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Rücken, 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Schulter (Bug, Blatt, Schäuferl usw.), 1 Pfd. 90 ₰, Bauch (Dünnung usw.), 1 Pfd. 80 ₰.

Eßkartoffeln, 1 Pfd. 4 bis 5 ₰.

Vollmilch: 1 Ltr. 16 bis 20 ₰.

In Flaschen 25 ₰.

Schweineschmalz, hiesiges, 1 Pfd. 62—80 ₰.

Ausländisches, 1 Pfd. 40—58 ₰.

Butter:

Molkereibutter, inländ., 1 Pfd. 120—140 ₰.

Landbutter, 1 Pfd. 120 ₰.

Margarine, 1 Pfd. 28—80 ₰.

Kokosfett, 1 Pfd. 28 bis 63 ₰.

Salzheringe, 1 Stück 3 bis 10 ₰.

Schellfisch, 1 Pfd. 30 ₰.

Käse:

Holländer, halbfett, 1 Pfd. 46 bis 75 ₰.

Holländer, vollfett, 1 Pfd. 65 bis 140 ₰.

Edamer, 1 Pfd. 65 bis 120 ₰.

Schweizer, 1 Pfd. 98 bis 160 ₰.

Zucker, 1 Pfd. 38 bis 40 ₰.

Reis, (Vollreis) mittl. Güte, 1 Pfd. 14 bis 40 ₰.

Graupen, 1 Pfd. 15 bis 35 ₰.

Erbsen, gelbe, 1 Pfd. 18 bis 28 ₰.

Speisebohnen, weiße, 1 Pfd. 16 bis 28 ₰.

Linsen, 1 Pfd. 15 bis 35 ₰.

Hühnereier, 1 Stück 7½ bis 9 ₰.

Gemüse:

Weißkohl, 1 Pfd. 8—10 ₰.

Rotkohl, 1 Pfd. 12 ₰.

Wirsing, 1 Pfd. 8—10 ₰.

Blumenkohl, 1 Kopf 18—30 ₰.

Mohrrüben, 1 Pfd. 12½—15 ₰.

Sauerkraut, 1 Pfd. 9—20 ₰.

Bei vorstehenden Preisen handelt es sich um die jeweils im Stadtbezirk vorkommenden niedrigsten und höchsten Preise einer Ware.

+ **Soest, die sehenswerte Stadt!** Der deutsche Künstlerbund besucht anläßlich einer Kunstreise die Städte Soest und Münster. 600 Mitglieder des Bundes kommen nach hier, um die Sehenswürdigkeiten der Stadt zu besichtigen.

+ **Gestellt!** Gestern vormittag wurden kurz vor Werl 2 Motorradfahrer von einem Lieferwagen überfahren. Der Wagen kümmerte sich nicht um die Verunglückten und fuhr davon. Zwei Soester Motorradfahrer, die das Unglück beobachtet hatten, verfolgten den Wagen und konnten ihn am „Potsdamerplatz" stellen.

)!(**Reichswehr in Soest.** Soldaten des Regiments 15 aus Münster kamen bei einer Omnibusfahrt ins Sauerland gestern nachmittag durch Soest. Man machte hier eine kurze Ruhepause und besah sich die Schönheiten der Stadt.

(!) **Schweinemarkt in Soest.** Auf dem gut beschickten Wochenmarkt forderte man gestern für 6 Wochen alte Tiere 4—6 Mark, 6—8 Wochen alte Tiere 6—8 Mark, 8—12 Wochen alte Tiere 8—14 Mark. Aeltere Schweine wurden mit 35 bis 40 ₰ pro Pfund angeboten.

)!(**Personalien der Reichsbahn.** Mit dem 1. ds. Mts. traten in den Ruhestand Oberlokomotivführer Hülle, Ref.-Lokführer Baumhögger, Zugführer Rieke, Rangierer Maas, Weichenwärter Vogt und Oberschaffner Draber.

(!) **Sie stehlen wie die Raben!** Auf dem Wege von Soest nach Meiningsen wurde einem Manne, der Obst gekauft und während des Pflückens seine Weste ausgezogen und in einen Korb gelegt hatte, die Weste mit der Taschenuhr aus dem Korbe gestohlen. Der Dieb, der bei Nachforschungen ermittelt wurde und den man nicht sofort bloß stellen wollte, gab auf Befragen an, nichts gefunden zu haben. Auch als man auf wiederholte Besuche eindringlicher wurde und ihm den Diebstahl auf den Kopf zusagte, leugnete er noch, hinterher aber wurde die Weste als „gefunden" auf dem Fundbüro abgeliefert.

?:? **Programmverlängerung der „Lichtburg"!** Man teilt uns mit, daß heute abend um 8,15 Uhr der ganz vorzüglich zusammengestellte Spielplan zum letzten Male gezeigt wird. Jan Kiepura, der italienische Tenor, singt im Tonfilm: **„Das Lied einer Nacht".** Es ist ein Genuß diesen Sänger zu hören. Ganz besondere Beachtung verdient auch der **Goethe-Gedenkfilm,** der den Werdegang unseres großen Dichters behandelt. Die Vorstellung ist gegen 10,30 Uhr zu Ende, sodaß die auswärtigen Besucher rechtzeitig zurückfahren können.

:?: **Heimatspiele Heeßen.** Am Sonntag, dem 18. ds. Mts., findet die letzte Freilichtaufführung der „Passion Christi" statt. — Karten für diese Aufführung sind beim Städtischen Verkehrsamt Soest bis Samstag in allen Preislagen erhältlich.

)!(**Taubensport.** Als Abschluß des diesjährigen Reisens veranstaltete die Brieftauben-Reisevereinigung Soester Börde, Sitz Soest, am Sonntag nochmals einen Wettflug ab Börssum 180 km, Luftlinie bis Soest. Die Tauben wurden um 8 Uhr früh bei bedecktem Wetter, Fernsicht und starken südwestlichen Winden in Freiheit gesetzt. Auf der Flugstrecke orkanartige Winde mit Regenschauer. Die erste Taube erreichte die Heimat um 11,48,33 Uhr in Niederense bei einer Fluggeschwindigkeit von 826,03 m in der Minute. Der Wettflug schließt für Soest um 12,48 Uhr. Einige Verluste werden nicht ausbleiben. Die ersten Preise konnten vergeben werden:

1., 4., 5. und 9. Preis Heinr. Kresing, Niederense,
2. Preis Helmut Raakow, Soest,
3. Preis Carl Deutsch, Soest,
6. Preis Wilhelm Minnerop, Bellinghausen,
7. Preis Jos. Hoffmann, Niederense,
8. Preis Georg Häkel, Meiningsen,
10. Preis Rüpping-Beimann, Soest,
11. Preis Gustav Igel, Soest,
12. Preis Heinr. Kipp, Soest.

Gut Flug!

)!(**Verein für das Deutschtum im Auslande (V. D. A.).** Ein anschauliches Bild von der kulturellen Not der deutschen Minderheit in Polen gibt folgender Aufsatz eines begabten und fleißigen 14jährigen deutschen Mädchens, das die polnische Schule besuchen muß. Wir geben zunächst den Aufsatz der Schülerin in der Urschrift:

Montak, d. 26. Januar 1931.

„Fon gestern.

Ich byn gestern nach die fztal gegangen und habe gehert, das der Fordoner autobus ist in die Bra gefaren mit 20 personen. Wifyl perzonen in unglik kamen kann is nis befzraiben. Um 8 ur zol das unglik pasirt zajn. Den kam is nach balzy unt habe dos die muti erceilt. Nach mitak um 3 ur gingen wir hin unt woltyn wysen was da pasirt ist aber der autobus ist fzon in der gasans talt gefaren."

Und nun die „Uebersetzung!": (Berichtigt sind darin nur die Rechtschreibefehler).

Montag, den 26. Januar 1931.

„Von gestern.

Ich bin gestern nach der Stadt gegangen und habe gehört, daß der Fordoner Autobus ist in die Brahe gefahren mit 20 Personen. Wieviel Personen in Unglück kamen, kan ich nicht beschreiben. Um 8 Uhr soll das Unglück passiert sein. Dann kam ich nach Hause und habe das die Mutter erzählt. Nachmittag um 3 Uhr gingen wir hin und wollten wissen, was da passiert ist, aber der Autobus ist schon in der Gasanstalt gefahren."

Schlaglichtartig beweist dieser Brief, daß es ein deutsches Volkstum ohne eine deutsche Schule nicht gibt. Darum helft alle mit, den Kindern unserer Auslandsdeutschen die Muttersprache zu erhalten!

Reichsdeutsche und Auslandsdeutsche gehören zusammen! Die Brücke schlägt der V. D. A., darum unterstützt ihn!

)!(**Technischer Verein Soest.** Die letzte Monatsversammlung am 7. ds. Mts., war nur schwach besucht. In seiner Eröffnungsansprache führte der 1. Vorsitzende dieses auf die noch vorhandenen Beurlaubungen zurück. Er drückte die Hoffnung aus, daß der Besuch der Versammlungen in den Wintermonaten wieder reger würde. Nach Verlesen der letzten Niederschrift wurde zunächst bekannt gegeben, daß am 17. ds. Mts., 15,30 Uhr, die Besichtigung der hiesigen Kläranlage unter sachkundiger Führung stattfindet. Es ist Pflicht aller Mitglieder, pünktlich bei der Kläranlage zu erscheinen. Sodann wurde berichtet, daß der Ausflug zur Hirschbrunst nach Völlinghausen am 24. ds. Mts. steigt. Abfahrt 20 Uhr mit Freisfeldschem Omnibus vom Vereinslokal. Anmeldungen bis zum 17. beim Kollegen Müller. Der Kollege Wilms erhielt den Auftrag, zur nächsten Monatsversammlung einen Lichtbildervortrag über das schöne Sauerland auszuarbeiten. Der Vortrag steigt, wenn die notwendigen Lichtbilder zu haben sind. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten behandelt wurden, wurde zur Fidelitas übergegangen. Bei fröhlichem Gesang und launigen Reden fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Sturm 18, September 1932.

Der Jung-K. K. V. und sein Gesetz.

Uns wird geschrieben: In Limburg hat sich der Jung-K. K. V. in den Pfingsttagen dieses Jahres sein Bundesgesetz gegeben. Damit ist ein Schlußstein gesetzt in der Entwickelung der letzten Jahre.

Die Wandlungen, die in der deutschen Jugend seit dem Kriege starke Wellen schlugen, hatten auch die kaufmännische Jugend erfaßt. Alte Formen zerbrachen. Der frühere vereinsmäßige Betrieb wurde als überlebt abgestoßen. Wenn auch die berufsmäßige Zielsetzung es verhinderte, daß die jungen Kaufleute in die Romantik der „Jugendbewegung" zu weit abirrten, so griffen sie doch auch andererseits die schönen und echten Gedanken dieser Bewegung begierig auf.

In Heiligenstadt 1930 wurde die Wandlung offen festgestellt. Immer klarer trat seitdem die Eigenart des Jung-K. K. V.'s hervor. Der neue Geist strebte nach neuen ihm gemäßen Formen. Der bündische Charakter der Bewegung wurde ausgeprägter. Bundesgruß und Bundesbanner wurden der sichtbare Ausdruck dafür. Gleichzeitig erstarkte die Bewegung in sich und nach außen. Frisches Leben durchpulste die einzelnen Glieder. An vielen Orten erstanden neue Gruppen. So durfte der Bund es wagen, in diesem Jahre trotz der Not der Zeit den Bundestag nach Limburg einzuberufen. Fast 500 Teilnehmer, Führer aus allen Bezirken des Reiches, fanden sich zu der Tagung ein, um in ernsthaftem Gedankenaustausch den Geist der Bewegung in Worte zu fassen.

So entstand das Bundesgesetz von Limburg. Dreifach sind die Pflichten, die es dem Jung-K. K. V.-er auferlegt. Es verpflichtet ihn, sich fähig zu machen, Gott, dem deutschen Volke und der Menschheit zu dienen im Kaufmannsberufe. Das Ziel ist, sich heranzubilden zu einem charaktervollen, überzeugungstreuen Katholiken, zu einem berufstüchtigen, ehrlichen Kaufmann und zu einem tätigen, hilfsbereiten Bürger des deutschen Vaterlandes.

Der Bund hebt in seinem Gesetz deutlich hervor, daß er die Grundlage der Religion als besonderes Merkmal des Jung-K. K. V.ers angesehen wissen will. Er betrachtet es als Vorzug anderen berufsständischen Gruppen gegenüber, durch die weltanschaulich gefestigte Einstellung die Ziele klarer ausarbeiten und die reichen erzieherischen Mittel der Religion verwerten zu können. Daß neben dem religiösen Gedanken Beruf und Vaterland, Körper und Geist nicht zu kurz kommen, geht aus dem Gesetz des Bundes klar hervor. Der Jung-K. K. V. marschiert. Sein Wachstum ist, als berufsständische Gruppe, die weltanschaulich gebunden und zudem an seine Mitglieder nicht geringe Anforderungen stellt, gewissen Grenzen unterworfen. Wer aber die Limburger Tage miterlebt, oder den Bund als Teilnehmer an den Kundgebungen in Dortmund oder anläßlich des Katholikentages in Essen gesehen hat, der wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß in ihm frisches, junges Leben herrscht.

Wenn vom Jung-K. K. V. gesprochen wird, darf die „Schwarze Schar" nicht unerwähnt bleiben. Es ist dieses die Pfadfinderbewegung im Bunde. Pfadfindertum ist eine Erziehungsform, die infolge ihrer Eigenart dem Jungen sehr anspricht. Das Ziel ist, durch freiwillige Selbsterziehung Höchstleistungen zu erreichen, um allen Anforderungen des Lebens in bester Weise gerecht zu werden. Auf den Dienst an der Gemeinschaft ist das Streben des Pfadfinders gerichtet. Leitwort ist: „Allzeit bereit!" Wanderfahrten, Lagerfeuer, Zeltlager, Schartracht, sind Mittel zum Zweck, das Gemeinschaftsgefühl zu wecken und zu erhalten. Prüfungen und Rangabzeichen (Scharknappen, Scharmannen) befördern und belohnen gesunden Ehrgeiz. Der Pfadfinder muß in der Schartracht auf Alkohol und Nikotin verzichten, er muß die von ihm freiwillig übernommenen Pflichten pünktlich erfüllen. So stählt er seinen Charakter, um später in der größeren Volksgemeinschaft ein vollwertiges Mitglied zu sein.

Dem Jung-K. K. V., als Bund katholischer deutscher Kaufmannsjugend, gehören als Mitglieder junge Kaufleute, Handelsschüler und Angehörige verwandter Berufe an. Diese berufsständische Einstellung verhindert es aber nicht, daß er sich als Glied der ganzen katholischen Jugendbewegung fühlt, was schon daraus hervorgeht, daß der Generalpräses des Bundes zur Zeit der 1. Vorsitzende der „Katholischen Jugend Deutschlands" ist. Wenn die katholische Jugend aufgerufen wird, ist auch der Jung-K. K. V. da, einig in den letzten und höchsten Zielen mit allen Bruderbünden und -Verbänden. Darum wird sich der Jung-K. K. V. mit seiner „Schwarzen Schar" auch am Sturmtag der katholischen Jugend Soest's eifrig beteiligen. Kreuzschiff voraus! Ha—es.

Unzureichende Beteiligung

der Landgemeinden an der Reichswohlfahrtshilfe. Forderungen d. Preußischen Landgemeindetages West.

Die Finanznot lastet besonders auch auf den Landgemeinden in den beiden Westprovinzen, weil diese die stärkste laufende Steigerung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen zu verzeichnen haben. Eine Entlastung ist für sie nur dadurch eingetreten, daß 70 Prozent des Gemeindeanteils zur Krisenunterstützung (Krisenfünftel) auf die Bezirksfürsorgeverbände übertragen ist. An der Reichswohlfahrtshilfe nehmen die kreisangehörigen Gemeinden nicht teil. Diese Zuschüsse dienen vielmehr ausschließlich zur Entlastung der Bezirksfürsorgeverbände. Die Abstellung der Entlastung d. Landgemeinden auf Uebertragung von 70 Prozent des Krisenfünftels auf die Bezirksfürsorgeverbände bedeutet nur eine durchaus unzureichende Hilfsmaßnahme. Sie führt zudem zu einer unterschiedlichen Behandlung der kreisangehörigen Gemeinden und verschiebt das Lastenverhältnis zwischen diesen und dem Bezirksfürsorgeverband zum Nachteil der Gemeinden. Sofortige ausreichende Berücksichtigung der Landgemeinden ist unbedingt erforderlich, wenn es nicht, wie dies schon in einigen Fällen eingetreten ist, in größerem Umfange zu Zahlungseinstellungen und Kassenzusammenbrüchen mit allen ihren schwerwiegenden Folgen kommen soll.

Der Preußische Landgemeindetag West hat deshalb in einer an den Herrn Preußischen Minister des Innern gerichteten Eingabe eine unmittelbare Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden an den den Bezirksfürsorgeverbänden zufließenden Beträgen aus der Reichswohlfahrtshilfe entsprechend dem Anteile, den die Gemeinden für die Wohlfahrtserwerbslosen und die Krisenfürsorge aufzuwenden haben, gefordert und auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Notlage der Gemeinden, die besonders stark mit Fürsorgeausgaben belastet sind, durch Gewährung ausreichender Zuschüsse aus dem preußischen Ausgleichsfonds zu mildern, unter Ausschließung einer Anrechnung der Beihilfe auf die rückständigen Fürsorgekosten der Landkreise. Damit dem Preußischen Ausgleichsfonds Mittel für die Bewilligung von Beihilfen in stärkerem Maße als bisher zur Verfügung stehen, hat der Preußische Landgemeindetag West weiter die Abzweigung von 20 Prozent der auf die Bezirksfürsorgeverbände entfallenden Beträge an Reichswohlfahrtshilfe für den staatlichen Ausgleichsstock als notwendig bezeichnet.

In schweren Zeiten zeigt sich's erst recht, wie wichtig Kaffee Hag für Herz und Nerven ist.

Aus dem Kreise Soest

Von der Möhnetalsperre. 12. Sept. **Der Möhnesee verlor im August ein Sechstel seines Stauinhalts.** Im Monat August ist der Möhnesee um weitere 16 900 000 Kubikmeter gesunken. Der zeitige Pegelstand am ersten Hallenturme zeigt zurzeit 90 300 000 Kubikmeter auf. Der Wasserspiegel ging in derselben Zeit um 1,99 m von 29,99 m auf 28,00 m zurück.

Bettinghausen. Am Samstag abend befand sich der Sohn des Landwirts L. von hier mit dem Pferdewagen auf der Heimfahrt vom Felde. Durch das Gewitter scheute ein junges Tier (Stuppen), das neben dem Gespannpferd lief, und sprang in die Schere. Durch diesen Stoß fiel vom umfallenden Wagen eine Sense, in die das Gespannpferd mit einem Hinterfuß geriet. Die Fesseln wurden durchgeschlagen. Das wertvolle Tier mußte abgeschlachtet werden.

Hovestadt, 11. Sept. Brieftaubenverein „Sturmvogel". Am 2. September veranstaltete die Reisevereinigung Soester Börde einen Wettflug ab Börssum, 185 km. Die Tauben wurden bei klarem Wetter und starkem Wind um 8 Uhr aufgelassen und legten die Strecke in ca. 3½ Stunden zurück. Die Teilnehmer vom Verein „Sturmvogel" konnten folgende Preise erringen: Friedrichs, den 42. Pr., Piepenbreier, den 51. und 59. Preis, Bellenhaus, den 53. Preis, Menke, Jos., den 61. Preis, Wollmeyer, H., den 77. und 81. Preis.

Flerke, 12. Sept. Von dem Hammer Turn- und Spielfest kehrten vom Flerker Turnverein als Dreikampf-Sieger heim: Gustav Wilms, Alfred Wilms, Hans Stein.

Turnen, Spiel und Sport

Liga S. V. Werries — Liga R'Tus. Soest 5:1 (3:1). Ecken 5:10.

Der Wettergott machte am vergangenen Sonntag den meisten Vereinen einen dicken Strich durch die Rechnung. Eine ganze Anzahl von Spielen wurde nicht ausgetragen bezw. abgebrochen und die wenigen durchgeführten Spiele endeten meist mit Ueberraschungsergebnissen. So erging es auch den Reichsbahnern. Eine Niederlage in dieser Höhe war auch nur durch bes. Umstände möglich. Der strömende Regen, der während des ganzen Spieles anhielt, verwandelte das Spielfeld bald in einen Morast. Als Platzbesitzer fanden sich die Werrieser naturgemäß viel besser mit dem schlüpfrigen Boden ab, sie nutzten diese Chance weidlich aus und gewannen das Spiel unverhältnismäßig hoch.

Schon kurz nach Beginn geht Werries nach blitzschnellem Durchbruch des rechten Flügels in Führung. Die Soester lassen aber nicht lange auf sich warten und Bärenfänger erzielt nach schöner Kombination den Ausgleich. Kurz vor der Pause bricht das Unheil aber herein, als der rechte Verteidiger bei einer unglücklichen Abwehr den Ball ins eigene Netz lenkt. R'Tus. ist deprimiert, während der Gastgeber bis zur Pause noch ein Tor vorlegen kann. Nach der Pause müssen die Soester gegen den Wind, der sich allmählich bis zum Sturm gesteigert hat, spielen. Alle Spieler triefen vor Nässe, aber der Schiri hat kein Einsehen. Verzweifelt kämpfen die Hiesigen gegen Sturm und Regen an, sie verlegen das Spiel auch in des Gegners Hälfte, aber es langt nur zu einer Anzahl Ecken. Werries ist glücklicher dran, bei der weitaufgerückten Soester Verteidigung macht der rechte Flügel von Werries einige schnelle Durchbrüche und — schon wars geschehen. 5:1 lautete das Endresultat.

Die Werrieser hatten ihre Hauptstütze in Rechtsaußen, rechter Verteidiger und Mittelstürmer. Vier Tore kommen allein auf Konto des Rechtsaußen. Die Soester werden aus diesem Spiel wohl die nötige Lehre ziehen. Vor allen Dingen ist es falsch, wenn die Verteidigung immer viel zu weit aufrückt, wenn der Gegner mal in seine Hälfte zurückgedrängt wird. Im Sturm wurde halblinks zu scharf abgedeckt, die rechte Seite hätte dann aber auch besser schießen müssen. Im Uebrigen ist zu sagen, daß das Spiel bei dem Hundewetter besser nicht stattgefunden hätte, denn schließlich ist die Gesundheit der Spieler doch mehr wert als zwei Punkte.

Weitere Resultate: Die Reserve spielte ebenfalls in Werries auf einem Nebenplatze. Hier hatte der Schiri ein Einsehen, denn er brach beim Stande von

2:1 für Werries das Spiel wegen Regen ab.
1a-Jugend R'Tus. — 1a-Jugend Preußen Werl 1:1.
2a-Jugend R'Tus. — 2a-Jugend Preußen Werl 2:0.
Schüler R'Tus. — Schüler Werl 1:0.

Reichsjugendwettkämpfe 1932

Am Sonntag, dem 2. Oktober 1932, veranstaltet die Stadt Soest die diesjährigen Reichsjugendwettkämpfe. Die Veranstaltung beginnt um 13,30 Uhr auf dem Kaiser-Friedrich-Platz vor dem Ulrichertor.

Die sporttreibende Jugend der Stadt Soest sei hierdurch schon jetzt auf den stattfindenden Wettkampf hingewiesen. Leider muß immer wieder festgestellt werden, daß die Teilnehmerzahl sehr gering ist. Wenn auch Schulen und Vereine die Reichsjugendwettkämpfe für sich allein austragen können, so wäre es im Interesse des Gemeinschaftsgedankens erwünscht, daß sich die gesamte Jugend an einem gemeinsamen Kampf beteiligte.

In diesem Jahr findet ein Dreikampf statt:

Lauf, Weitsprung und Schlagballwurf.

Teilnehmen können Jugendliche im Alter von 11 bis 18 Jahren.

Die Wertung erfolgt nach den Richtlinien des Reichsausschusses für Leibesübungen.

Die über 20 Punkte hinausgehenden Leistungen werden voll angerechnet. Wer 40 Punkte hat, bekommt einen Kranz.

D. J. K.-Werbestaffellauf „Rund um Soest" am 18. September 1932.

Gutes Meldeergebnis. Noch ist kein Meldeschluß und doch liegen bereits 15 Meldungen vor. Groß wird der Kampf sein in der Klasse A. Hier starten u. a. die Favoriten Mark-Paderborn und Wacker-Ahlen. Beide Teilnehmer beim Reichstreffen der DJK. 1932 in Dortmund. Wer wird den Ehrenpreis gewinnen? Mark-Paderborn konnte in diesem Jahre den Staffellauf „Rund um Paderborn" gewinnen und vor Bfl. 08 (WSV.), sowie „Jahn" (DT.) Paderborn den Wanderpreis erringen. Aber auch Wacker-Ahlen versteht zu kämpfen. Sie werden den Markanern schwere Konkurrenz machen. Noch weitere Meldungen stehen in dieser Klasse in Aussicht. Essen-Borbeck, der wiederholte Sieger beim Rhein-Staffellauf und die bekannten Sachsen aus Dortmund.

Von der Klasse B ist zu melden: Werl, Salzkotten, Oestinghausen, Horn, Hovestadt, Körbecke, Welver, welche sich um die Ehrenplakette bemühen und den Sieg sauer machen werden.

In der Jugendklasse streiten wieder die Markaner aus Paderborn und Jugendsport Hüsten mit der Jugend v. Westfalia-Soest um die Siegespalme. Dem Sieger winkt noch ein besonderer Mannschaftspreis. Die Jugend von Paderborn und Hüsten haben auch beim Reichstreffen mitgewirkt, sodaß die Soester Jungens schwer zu kämpfen haben werden.

Allen Kämpfern rufen wir heute ein „Herzliches Willkommen" am 18. September 1932 in Soest zu.

Turnverein Flerke. Handball.

Am Sonntag, dem 18. September, hat der Turnverein Flerke die erste und zweite Elf vom Turnverein Deutsche Treue Wiescherhöfen zu Gast. Die Gäste verfügen über eine gute Mannschaft.

31. Hammer Turn- und Spielfest

Nach alter Ueberlieferung fand Sonntag das Hammer Turn- u. Spielfest, eine der größten volkstümlichen Veranstaltungen Westfalens, statt.

An den Mehrkämpfen des Morgens waren neben großen westfälischen Vereinen, die sich mit an die Spitze der volkstümlichen Leistungsgrenze der deutschen Turn- und Sportverbände gesetzt haben, Turn- und Sportvereine aus Nord-, Süd- und Westdeutschland beteiligt. Rund 40 Faustballspiele wurden ausgetragen, die unter Regen und starken Wind sehr litten. Nur die 4×100-m-Damenstaffel und die 4×100-m-Jugendstaffel konnte durchgeführt werden. Alle übrigen Staffeln und sämtliche Einzelkämpfe fielen einem wolkenbruchartigen Regen zum Opfer.

Die Beteiligung der Soester Vereine an den Mehrkämpfen war kläglich.

Aus der Siegerliste:

Turner Klasse A:

1.	Werner, TV. VfL. Dortmund	65 Punkte
2.	Krißler, TV. Eving.	

Turner Klasse B:

1.	Streuber, TV. Jahn Minden	74 Punkte
2.	Schwarz, Arminius Marten	63 Punkte
14.	**Hafske, VfR. Soest.**	
	Dickgreber, TV. Soest 62	**56 Punkte**
	Helmuth Asbeck, TV. Soest 62	**49 Punkte**
	Strunk, R'Tus. Soest.	

Turnerinnen über 18 Jahre:

1.	Streuber, TV. Jahn Minden	58 Punkte
1.	Deve, TV. Unna	58 Punkte

Elli Austmann, TV. Soest 62.

Jugend 17—18 Jahre (190 Sieger):

1.	Fischer, TV. Westfalia Hamm	77 Punkte
2.	**Hoffmann, VfR. Soest**	**73 Punkte**
17.	**Frankenberg, TV. Soest 62**	**54 Punkte**
20.	**Spieß, R'Tus. Soest**	**50 Punkte**
21.	**Huffelmann, Welver**	**49 Punkte**
22.	**Brüggemann, Welver**	**48 Punkte**

Jugendturner 14—16 Jahre:

1.	Thumann, TV. Lippstadt	76 Punkte
2.	Marahrens, TV. Jahn Minden	72 Punkte
3.	**Twittmann, TV. Borgeln**	**71 Punkte**
	Trelle, R'Tus. Soest	**61 Punkte**
	Ketels, TV. Soest 62	**56 Punkte**

Turnverein Borgeln.

Auf dem am vergangenen Sonntag stattgefundenen Hammer Turn- und Spielfest konnten Nachfolgende siegreich heimkehren:

a) Turner:

Paul Kamen	46 Punkte
Hermann Knüwe	42 Punkte

b) Jugendliche, 17—18jährige:

Willi Schwolle	42 Punkte

c) Jugendliche, 15—16jährige:

Walter Twittmann	72 Punkte

d) Turnerinnen:

Luise Wiemer	49 Punkte
Bertha Köster	44 Punkte

Gut Heil!

★

Hohensyburg-Rennen 1932.

Es ist schon seit Jahren Tradition, daß die Motorsportsaison in Westdeutschland mit dem Hohensyburg-Rennen beschlossen wird. Wenn der Herbst seinen Einzug gehalten hat, wenn die Wälder an der Hohensyburg einen bunten Farbenrock angelegt haben, dann ruft der Allgemeine Deutsche Automobil-Club Gau 5 (Westfalen-Lippe) die Meister des Steuers und des Lenkers ins Land der Roten Erde. Gern sind sie diesem Ruf gefolgt, und Namen wie Hans v. Opel, Karl Joerns, Möller, der unvergeßliche Brakelsberg, Hans von Stuck, Burgaller, dazu die Elite der Motorradfahrer sind in den Startlisten der Vorjahre zu finden.

Zwar werden die rassigen Rennwagen in diesem Jahr fehlen, die wirtschaftliche Not macht sich auch im Motorsport bemerkbar. Aber dafür sind die besten Aussichten gegeben, daß die hervorragendsten deutschen Motorradfahrer sich zum Kehraus auf der Straßenrennbahn ein Stelldichein an der Hohensyburg geben werden. Die Verhandlungen mit den deutschen Meister-Fahrern stehen vor einem günstigen Abschluß, so daß auch das Interesse der Zuschauer den vorjährigen Grad erreichen dürfte. Der Veranstalter hat alles getan, um den Zuschauermassen einen umfassenden Ueberblick über die einzelnen Rennen zu bieten. Der Start ist am 25. September auf 11,30 Uhr festgelegt worden.

Fort mit der Parteihetze.

Nach der Nummer der Tageszeitung „Der Jungdeutsche" vom Sonntag, den 11. September, hat die Bruderschaft Lemgo des Jungdeutschen Ordens auf ihrem letzten Konvent mit der Versicherung treuer Gefolgschaft die nachstehende Entschließung an den Herrn Reichspräsidenten gerichtet:

„Der Vollkonvent der Bruderschaft Lemgo des Jungdeutschen Ordens e. V., glaubt Euer Exzellenz nach jahrelangem Eintreten für Sie die ergebene Bitte unterbreiten zu dürfen, das jetzige arbeitsunfähige Reichsparlament nach Hause zu schicken und im Sinne des Vorschlages des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, durch einen Arbeitsausschuß die notwendige Abänderung der Verfassung vorbereiten zu lassen.

Wir haben nach wie vor das felsenfeste Vertrauen in Ihre Führung — wir vertrauen aber auch darauf, daß Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, dem unseligen Hader der Parteien ein Ende bereiten. Beseitigen Sie die Parteien — und Sie beseitigen restlos die Verhetzung im deutschen Volke. Beseitigen Sie das parteistische Parlamentswesen und geben Sie dem Volke den sehnlichst gewünschten indirekten Führeraufbau, der Führer des Volkes und nicht der Parteien an die Regierung gelangen läßt.

Geben Sie durch eine Nationalversammlung dem Volke den Staatsaufbau und die Gliederung, deren es zur Gesundung bedarf."

Das Handwerk im August

Von der Handwerkskammer wird folgender Bericht herausgegeben:

Der verflossene Monat hat trotz günstigster Witterung keine fühlbare Besserung der Wirtschaftsverhältnisse gebracht. Die Unempfindlichkeit gegenüber derartigen Saisonerscheinungen ist bezeichnend für den Zustand der Wirtschaft des Handwerks. Hinzu kommt, daß die Auftraggeber seltener und die Aufträge weniger werden. Die Gründe für den Auftragsschwund sind genugsam bekannt. Zum Teil läßt sich die in den letzten Monaten zu beobachtende Zurückhaltung des Publikums mit der Ungewißheit der politischen Entwicklung erklären. Der ungewöhnliche Tiefstand des Beschäftigungsgrades verlangt gebieterisch, daß das Handwerk im Rahmen des in Aussicht gestellten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung hinreichende Berücksichtigung findet.

Diese Forderung gilt in ganz besonderem Maße für das Baugewerbe. Von den wenigen Bauvorhaben ist nur ein Bruchteil zur Ausführung gekommen. Reparaturen werden von Schwarzarbeitern streitig gemacht. Die Preisgestaltung ist so gehalten, daß sich eben die laufenden Geschäftsunkosten decken.

Die Lage am Baumarkt bedrückt die Beschäftigung der Baunebengewerbe besonders stark. In fast allen Gewerben stellt sich ein erheblicher Auftragsmangel heraus. Nicht einmal dem Malergewerbe hat die günstige Wetterlage Beschäftigung bringen können.

Im Metallgewerbe herrscht völliger Stillstand. Selbst die durch die Ernte-Arbeiten bedingten Reparaturen sind spärlich.

Das holzverarbeitende Gewerbe ist ebenfalls ohne Aufträge. Nicht nur die Bauschreinerei, sondern auch die Möbelbranche, liegt darnieder. Ob die sonst im September zu beobachtende Belebung in diesem Gewerbezweig eintritt, erscheint sehr fraglich.

Das Saisongeschäft im Bekleidungsgewerbe ist so gut wie vorbei.

Im Nahrungsmittelgewerbe macht sich die geschwächte Kaufkraft in einem zunehmenden Umsatzrückgang empfindlich bemerkbar. Es wird nur das zum Lebensunterhalt Unerläßliche gekauft. Im Fleischerhandwerk hat zudem die große Hitze das Geschäft ungünstig beeinflußt.

Nachtrag

zu der Ordnung, betreffend die Erhebung einer Jagdsteuer im Kreise Soest.

Aufgrund der §§ 6, 16 und 17 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 23. April 1906 (GSS. 159) in der jetzt geltenden Fassung sowie aufgrund des § 1 Kapitel I, vierter Teil der Preußischen Notverordnung (Sparverordnung) vom 12. September 1931 (GSS. 179) wird der § 3 der Ordnung, betreffend die Erhebung einer Jagdsteuer im Kreise Soest vom 26. März 1929 wie folgt geändert:

„§ 3. Die Ausübung der Jagd in nicht verpachteten Jagden des Staates sowie in Grundflächen, die gemäß §§ 8 bis 12 der Jagdordnung einem nicht verpachteten staatlichen Eigenjagdbezirk angeschlossen werden, bleibt steuerfrei".

Soest, den 2. Februar 1932.

Der Kreisausschuß
Frhr. von Werthern-Michels
Landrat.

Genehmigt

mit der Maßgabe, daß der Kreistag dem Beschlusse des Kreisausschusses v. 2. Februar 1932 beitritt.

Arnsberg, den 18. Februar 1932.

Namens des Bezirksausschusses
Der Vorsitzende
In Vertretung:
L. S. Unterschrift.

B. A. I. C. I 6/32.

Zu der vorstehenden Genehmigung wird die Zustimmung bis zum 31. März 1934 mit der Maßgabe erteilt, daß aus dieser Zustimmung keine Ansprüche irgend welcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährleistung des Steuerertrages oder in ähnlicher Beziehung hergeleitet werden können.

Zugleich wird die Zustimmung vom 15. Mai 1929 zu der Jagdsteuerordnung bis zum 31. März 1934 mit der gleichen Maßgabe verlängert.

Ich behalte mir vor, die zeitliche Beschränkung der Zustimmung vor Ablauf der Frist auf Antrag aufzuheben oder die Zustimmung zu verlängern.

Münster, den 5. März 1932.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen.
J. V.:
L. S. Unterschrift.

Nr. 313 VI.

Die im Genehmigungsvermerk des Bezirksausschusses, Abt. I vom 18. Februar 1932 — I. C. I. 6/32 — zum Ausdruck gekommene Einschränkung der Genehmigung wird fallen gelassen.

Arnsberg, den 23. Juli 1932.

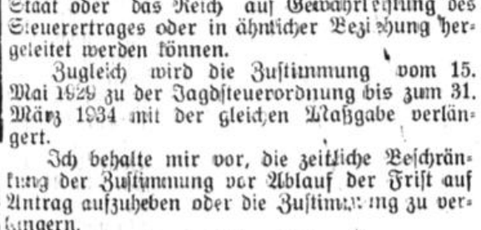
Namens des Bezirksausschusses, Abteilung I
Der Vorsitzende.
In Vertretung:
L. S.
B. A. I. C. I. 6/32. Dr. Walter.

Zu der vorstehenden Aenderung der von dem Bezirksausschuß in Arnsberg zu dem Nachtrag vom 2. Februar 1932 zu der Jagdsteuerordnung des Kreises Soest unter dem 18. Februar 1932 I C. I 6/32 erteilten Genehmigung wird die Zustimmung mit der Maßgabe erteilt, daß aus dieser Zustimmung keine Ansprüche irgend welcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährleistung des Steuerertrages oder in ähnlicher Beziehung hergeleitet werden können.

Münster, den 8. August 1932.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen
Gronowski.

L. S.
Nr. 1041 VI.



Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne, sämtlich in Soest.

Jagd nach Menschen

ROMAN VON HANNS HEINZ ZIECK

URHEBERRECHTSCHUTZ: ROMAN-VERLAG HERMANN NEIDER, BERLIN SO 36

(47. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Honsbruck wollte sich diesen Tag zunutze machen. Er beschloß, während der ganzen Nacht auf dem Posten zu sein.

Bevor er sich endgültig aufstellte, nahm er in seiner Stammkneipe, einem einfachen Lokal in einer stillen Seitenstraße, sein Abendbrot ein. Den Wagen ließ er, wie immer, draußen stehen.

Als er wieder herauskam und abfahren wollte, war der Wagen verschwunden.

Honsbruck stand wie vor den Kopf geschlagen. Zunächst begriff er das einfach nicht. Hier hatte doch der Wagen gestanden! Oder nicht? Wo war der Wagen —?

Ein Kollege kam, mit breiten, verschwommenen, immer grinsenden Zügen.

„Nu, Konrad? Sind dir die Pferdchen durchgegangen?"

„Mein Wagen — — —"stammelte Honsbruck.

Der andere wurde plötzlich ernst, als er unterm Schein der Laterne Honsbrucks entsetzte Züge erkannte.

„Was —? Ist er — — — gestohlen?"

„Er stand hier — — ich begreife nicht —"

„Natürlich gestohlen!" sagte der Kollege. „Sofort die Polizei alarmieren! Und alle Kollegen darauf aufmerksam machen! Komm — komm!"

Er wollte Honsbruck mit sich ziehen, dachte nicht an dessen künstlichen Fuß. Honsbruck stolperte, stürzte zu Boden, stöhnte in einem augenblicklichen Schmerz laut auf. Der andere hob ihn — — stützte ihn — — bat um Verzeihung.

Honsbruck faßte sich an den Kopf:

„O Gott — mein Wagen — mein Kapital!" — —

Man alarmierte die Polizei.

Einige Stunden später fand man den Wagen außerhalb der Stadt, völlig zertrümmert in einem Graben. Unter dem Wagen lag die Leiche des Diebes.

Ein Kollege fuhr Honsbruck nach der Stelle hinaus. Im Lichte der Scheinwerfer bot sich ein grausiges Bild. Zwei Kriminalbeamte waren gekommen, um den Tatbestand aufzunehmen.

Der Wagen war unbrauchbar. Honsbruck hatte ihn nicht versichert, da ihm die Prämie zu hoch erschien. Mit einem solchen Falle glaubte er nicht rechnen zu müssen.

Seine Existenz war dadurch zerstört. Er brach zusammen. Mit einem schweren Nervenschock brachte man ihn ins Krankenhaus. Drei Wochen lang mußte er hier festliegen.

Endlich wurde er wieder entlassen. Er wankte seiner Wohnung zu. Völlig verzweifelt, vernichtet.

Die Mittel, die er noch hatte, reichten gerade noch für einen Monat aus. Dann war es zu Ende.

Das graue Elend stand ihm vor Augen.

Jetzt hatte das Leben für ihn keinen Sinn mehr. Das Schicksal hielt ihn zum Narren, spielte ihn zu arg mit!

Hatte er nötig, sich alles gefallen zu lassen? War nicht der eine Weg immer noch offen, der ihn von allem erlöste, den zu gehen man keinem Menschen verwehren konnte?

Kaltblütig ging er daran, seine Sachen zu ordnen. Es sollte wenigstens keine Unordnung herrschen, wenn man ihn tot im Zimmer fand.

Er schrieb einen Zettel, laut dessen er seine paar Habseligkeiten den Armen der Stadt vermachte.

Dann nahm er seinen Revolver zur Hand — setzte an — drückte los.

•

Christas Leben wurde immer strahlender, hoffnungsvoller. Die Arbeiten für den neuen Film waren beendet. Die Kellner-Filmgesellschaft bat sie, zu bleiben und erhöhte ihre Gage um ein Beträchtliches.

Ueberall wurde sie geehrt und gefeiert. Sie erhielt zahlreiche Anträge, darunter von Persönlichkeiten, mit denen sie vielleicht ihr Glück hätte machen können — wäre es ihr nicht schon durch ihren künstlerischen Erfolg beschieden gewesen.

Einer der Beständigsten, der sie mit seinen Anträgen verfolgte, war Graf Christophe de Jeune. Er war um ihretwillen schon zweimal zur Hauptstadt gekommen und fragte immer wieder dasselbe:

„Fräulein Christa, ist Ihr Herz noch frei?"

„Ja!"

„Haben Sie sich besonnen, vielleicht doch meine Gattin zu werden?"

„Ich kann keinem Manne gehören, ich gehöre ganz meiner Kunst!"

„Sie brauchen Ihrem Beruf nicht zu entsagen — ich lasse Ihnen jegliche Freiheit!"

„Auch dann nicht, Herr Graf! Sie sind mir lieb und wert geworden, ich habe Ihnen viel zu verdanken, aber Ihre Frau werden kann ich nicht."

„Ich werde warten. Geduld führt zum Siege!"

Das war immer sein letztes Wort. —

Im allgemeinen wurde Christa stolz und zurückhaltend, wenn sie auch immer ein liebenswürdiges Wesen zur Schau trug. Niemand wagte, ihr zu nahe zu treten.

Bei Direktor Kellner ging sie nach wie vor als gern gesehener Gast ein und aus. Sie fühlte sich dort wie zu Hause und erquickte sich immer wieder in der Atmosphäre eines glücklichen Familienlebens, das man im allgemeinen selten fand — —

Bald kamen Aufnahmen für einen neuen Film. Sie mußte reisen. Der Zufall führte sie in diese Stadt, wo ihres Wissens Honsbruck jetzt weilte.

Sie beschloß, ihn aufzusuchen.

Seine Adresse, die sie verlegt hatte und nicht mehr wußte, erfuhr sie bei der Polizei.

Christa fand die Wohnung, in der er als Untermieter wohnte, verschlossen.

Sie klingelte bei den Nachbarsleuten. Eine untersetzte Frau mit pockennarbigem Gesicht öffnete ihr.

„Herr Honsbruck? Der habe doch seine Wirtin erschossen." — — —

„Wer? Was?"

„Ja — freilich — nicht ganz erschossen. Nur den Arm zerschmettert." Eine sehr böse Geschichte; gestern sei die Sache verhandelt worden. (Fortsetzung folgt.)

HANDEL UND INDUSTRIE

Berliner Börsenbericht

Kleines Geschäft

Berlin, 12. Sept. Die Unsicherheit der innerpolitischen Lage, insbesondere die Erwartung der heutigen Regierungserklärung im Reichstag und die Stellungnahme der Parteien zu den Ausführungen des Kanzlers, hatte zur Folge, daß man in Börsenkreisen eine stärkere Zurückhaltung übte. Die Stimmung an der Vorbörse war aus diesem Grunde recht unsicher, zumal Pressemeldungen über die AEG. — man befürchtet eine Zusammenlegung im Verhältnis 4:1 — verstimmten und erhebliches Angebot an diesem Markte zur Folge hatten. Die Newyorker Börse vom Sonnabend brachte auch keinen stärkeren Stimulus, doch fand die seit 17 Monaten zum erstenmal zu verzeichnende, allerdings noch recht kleine Zunahme des Auftragsbestandes beim amerikanischen Stahltrust, die man als ein Symptom wertete, auch hier stärkere Beachtung. Zu den ersten Kursen stellte es sich dann heraus, daß Angebot so gut wie gar nicht vorlag und daß auf der anderen Seite das Publikum vereinzelt mit kleineren Käufen im Markt war. So eröffnete die Börse denn in überwiegend festerer Haltung. Die Kursbesserungen betrugen häufig bis zu 2 Prozent. Am Montanmarkt waren Käufe erster Bankhäuser zu beobachten, und man nimmt an, daß hier wieder Stillhaltegelder angelegt worden sind. An diesem Markte waren nur Stolberger Zink in Reaktion 2½ Prozent niedriger, und Mansfelder Bergbau gaben im Einklang mit der Abschwächung am Kupfermarkt nach anfänglicher Minus-Minus-Notiz 2¼ Prozent nach. Als stärker gebessert fielen nach Salzdetfurth, Akkumulatoren und Chadeaktien auf; letztere gewannen 6 Mark. Neben AEG., die 3 Prozent niedriger eröffneten und zunächst mit Minus-Minus-Zeichen erschienen, waren Nie Genußscheine, Siemens, Wintershall und Elektrizitätswerk Schlesien zu Beginn schwächer veranlagt. Im Verlaufe schien die Spekulation auf die überraschend freundliche Eröffnung zunächst kleine Meinungskäufe vornehmen zu wollen. Da aber in AEG., die erneut 2½ Prozent zurückzingen, weiter erheblich Material herauskam, griff eine stärkere Verstimmung Platz, und die Kurse gingen unter Schwankungen um etwa 1 Prozent zurück. Schubert u. Salzer wurden verspätet 3 Prozent niedriger festgesetzt. Montane fielen auch weiter durch widerstandsfähige Haltung auf. Das Geschäft blieb allerdings nach wie vor recht klein. Deutsche Anleihen uneinheitlich, Altbesitz im Verkehr fester, Neubesitz nachgebend. Von Ausländern waren 4prozentige Rumänen etwas fester, Mazedonier zogen um 30 Pfg. an, während Ungarische Goldrente rückläufige Veranlagung zeigte. Die Rentenmärkte lagen sehr still, variable Industrieobligationen tendierten schwächer. Reichsschuldbuchforderungen lagen gut behauptet. Am Berliner Geldmarkt hat sich die Situation gegenüber dem Wochenschluß nicht wesentlich entspannt. Tagesgeld wurde noch mit 6⅝—7⅝ Prozent gesucht, für Monatsgeld stellte sich der Satz auf unverändert 6—8 Prozent. Privatdiskonten werden in Erwartung einer Diskontermäßigung zurückgehalten, so daß das Geschäft hierin sehr gering war. Infolge des knappen Geldes kann man auch für Reichswechsel per 5. Dezember (zu 4½ Prozent) und für Reichsschätze per 16. Januar (zu 5½ Prozent) kaum Nachfrage feststellen.

Essener Börsenbericht

Fester

Essen, 12. Sept. Die heutige Essener Börse zeigte eine bemerkenswerte Festigkeit. Rheinstahl und Mannesmann wurden bis ca. 3 Prozent, Wintershall und Hösch ca. 1 Prozent gehandelt. Von Kohlenwerten waren Graf Schwerin und Lothringen-Aktien etwas höher im Verkehr. Von Braunkohlenwerten interessierten Bruckdorf Nietleben. Von Kaliwerten waren Beienrode und Burbachaktien, von Industriewerten Dinnendahl und Eisenhüttenaktien im Handel. Die Börse schloß fest.

Kölner Börsenbericht

Geschäftslos

Köln, 12. Sept. Die erste Börse der neuen Woche eröffnete fast vollkommen geschäftslos. Die Tendenz war jedoch nicht unfreundlich. Lediglich Farben wurden mit 103¼ bezahlt. Ferner gingen von Montanwerten Rheinstahl zu 70 (plus 2⅛ Prozent) um. Sonst hörte man hier Buderus etwa 1½ Prozent, Phönix und Stahlverein ½, Klöckner, Erdöl 1¼ Prozent und Harpener 1 Prozent höher. Von Elektrowerten zogen Felten und Schuckert ½ Prozent an. Deutsche Reichsbahnvorzüge blieben unverändert. Im Verlaufe blieb das Geschäft gering. Die Kurse waren jedoch gut behauptet. Montanwerte lagen sogar bis 1 Prozent fester. Der Einheitsmarkt hatte mäßige Umsätze. Versicherungen gehalten. Pfandbriefe teilweise bis ¾ Prozent befestigt. Die Börse schloß geschäftslos.

Es notierten: Basalt 18½, Bonner Berg 32½, Braunkohle Zukunft 85, Kalker Brauerei +, Kabelwerk Rhendt 100, Kölner Dampf 71, Rhein. Braunkohle 178, Stollwerck 35½.

Vorübergehende Belebung des Bierabsatzes

Im Monat August 1932 wurde nach dem Bericht des Verbandes rheinisch-westfälischer Brauereien der Bierabsatz des Vorjahres im ganzen erreicht. Doch werde diese vorübergehende, auf die besonders gute Witterung zurückzuführende Belebung die Absatz- und Geschäftslage des Braugewerbes insgesamt nicht wesentlich beeinflussen. Nur ein Umschwung der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur und Stärkung der Massenkaufkraft sowie eine Anpassung der Biersteuer an die begrenzte Kaufkraft lasse eine nachhaltige Erholung für das Braugewerbe erhoffen.

Die Brauereien beklagten sehr das Ueberhandnehmen der Zwangsversteigerungen von Gastwirtschaftsgrundstücken. Viele Zwangsversteigerungen könnten bei gutem Willen der Gläubiger durch Einrichtung von gesetzlichen oder freiwilligen Zwangsverwaltungen vermieden werden. Der Bericht wendet sich sodann noch dagegen, daß bei Zwangsversteigerungen der Steuerfiskus sehr oft seinen Vorrang für erhebliche Steuerrückstände geltend mache. Dadurch würden die Interessen besonders der nachstelligen Hypothekargläubiger außerordentlich beeinträchtigt. Im Interesse dieser Gläubiger und einer Sicherung des Hypothekarkredits überhaupt sei eine Einschränkung der Vorzugsstellung des Fiskus notwendig.

Wochenbericht über den Lebensmittelmarkt im niederrh.-westf. Industriegebiet

Kartoffeln

Nachdem sich bis Mitte vergangener Woche die Preise infolge des etwas geringeren Angebotes bei etwas lebhafterem Geschäft ein wenig erholen konnten, setzte gegen Wochenende bei im großen und ganzen unverändertem Angebot wieder eine ruhigere Stimmung ein. Das rheinische Oberland ist im Angebot etwas zurückhaltender geworden. Dafür wird etwas mehr aus Hannover und der Altmark angeboten. Kühle Witterung und Ferienende belebten etwas die Nachfrage. Es erzielten fr. Ruhrst.: Erstlinge 2,30—2,50 RM., Julinieren 2,60—2,70 RM. je nach Qualität, Böhms Allerfrüheste 2,00—2,20 RM., hessische Ware 2,30 RM., Zwickauer 1,90 bis 2,00 RM., Odenwälder Blaue 2,00—2,15 RM. Eine wesentliche Aenderung dürfte in der nächsten Zeit kaum zu erwarten sein.

Gemüse

Die leichte Belebung der Vorwoche hat wieder einem langsamen Geschäft mit reichlichen Zufuhren Platz gemacht, so daß zum Teil erhebliche Ueberstände blieben. Besonders gedrückt war Rot-, Weiß- und Wirsingkohl. Blumenkohl bester Qual. war gefragt. Auch Tomaten und Salat hatten guten Absatz. Unterschiedlich war das Geschäft in Gurken. Bohnen waren reichlich angeboten, so daß die Preise zurückgesetzt werden mußten.

Obst

Vereinzelt war die Nachfrage etwas reger. Besonders bei Aepfeln und Birnen. Die Zufuhren sind ein wenig größer geworden. Spätpflaumen kamen in größeren Mengen auf den Markt und konnten bei leicht nachgebenden Preisen glatt abgesetzt werden. Das Angebot an Pfirsichen aus dem Inland ist sehr klein, die Preise daher fest gestimmt. Auslandsware, zum Teil in erheblichen Mengen, wird zu billigeren Preisen abgesetzt. Das Geschäft in Weintrauben war unverändert ruhig.

Märkte

Die Zufuhren zum Essener Hauptmarkt waren sowohl in in- und ausländischem Gemüse und Kartoffeln, sowie in Obst- und Südfrüchten reichlich, das Geschäft war heute ruhig.

Amtliche Berliner Metall-Notierungen

Berlin, 12. Sept. Es kosteten 100 Kilogr. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam 58,50; Original-Hütten-Aluminium, 98—99%, in Blöcken 160, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 164; Reinnickel, 98—99% 350; Antimon-Regulus 37—41 RM. Silber in Barren, ca. 1000 fein, per Kilogr. 39,75—43 RM.

Warenmärkte

Amtliche Berliner Produktenbörse vom 12. Septbr.

Weizen, märk., prompt ab Station, 76 Kilogr. 206—208 u. Brief, Sept. 221,50—220, Okt. 221—220 Brief, Dez. 221,50—220, März 227,25—225,50, Tendenz: matt. Roggen, märk., prompt ab Station 71—72 Kilogr. 161—163, Sept. 174,75—174, Okt. 174,50-174,75, Dez. 175-174-174,50 nom. Brief, März 179—176,50, Tendenz: matt. Gerste, ab Station Braugerste 174—184, Tendenz: ruhiger. Futter- und Industriegerste 167—173, Tendenz: ruhiger. Hafer*), märk., prompt ab Station 136—141, Sept —, Okt. — bis 143, Sept. —, März —, Tendenz: ruhig. Weizenmehl*), prompt 24,75—30, Tendenz: etwas matter. Roggenmehl, 70%, prompt 21,75—24; Tendenz: etwas matter. Weizenkleie 10—10,40, Tendenz: stetig. Roggenkleie 8,40—8,90, Tendenz: fester. Viktoriaerbsen 21—24; Futtererbsen 14—17; Wicken 17—20; Leinkuchen, Basis 37% 10,60—10,70; Erdnußkuchen, Basis 50%, ab Hamburg 11,70; Erdnußkuchenmehl, Basis 50%, ab Hamburg 11,90; Trockenschnitzel 9,20—9,50; extrahiertes Sojabohnenschrot, 46%, ab Hamburg 11,20—11,40; extrahiertes Sojabohnenschrot, 46%, ab Stettin 12—12,20; Speisekartoffeln weiße 1,20—1,30; Odenwälder blaue 1,30—1,40; Nieren rund gelbe 1,40—1,60, lange gelbe 1,70—1,90; Fabrikkartoffeln in Pfg. 9. Berliner Markt nicht aufnahmefähig. Allg. Tendenz: matter. — *) Feinste Marken über Notiz bezahlt. — Preise in RM. — Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilogr., sonst per 100 Kilogr. Raufutter per 50 Kilogr. frei Waggon ab märk. Station. Für Mehl und Kleie per 100 Kilogr. brutto einschl. Sack frei Berlin bezw. bei Kleie ab Bahn und ab Mühle. Kartoffeln nur Montag und Donnerstag, Raufutter nur Dienstag.

Getreidebörse zu Duisburg

Duisburg, 12. Sept. Ostseehafer 17—17,50, pomm. Weißsee-Hafer 17,50; rhein. Hafer 17; inl. Gerste 18,50—19,50; ausl. Roggen 19,75—20,50; Plata-Mais 17,25; Plata-Cinquantino-Mais 18,25; Weizenmehl (Grundpreis 97%) 31,50—31,75; Weizenmehl mit Auslandsweizen (70/30%) 32,50—32,75; 70%iges Roggenmehl (Konzern) 26,75—27; Roggenmehl (Ostmühlen) 25,50—25,75; Weizenkleie 9,50 bis 9,75; Weizenbollmehl 10,50—11; Roggenkleie 7,50—8,50; Steffenszuckerschnitzel 11,25; Tendenz: ruhig. — Die Preise verstehen sich für 100 Kilogr. waggonfrei Duisburg; Abnahme von Waggonverladungen.

Mannheimer Produkten

Mannheim, 12. Sept. Weizen inl. 22,25—22,50; Roggen inl. 18; Hafer inl. 14,75—15,25; Futtergerste 18,25—19,50; Mais m. Sack 17; Weizenmehl, Spez. 0, Sorte 1, Sept.-Dez. 33, mit Auslandsweizen 34; südd. Ausmahlmehl, Sept.-Dez. 36, mit Auslandsweizen 37; südd. Weizenbrotmehl, Sept.-Dez. 25, mit Auslandsweizen 26; Roggenmehl, 60% Ausmahlung 25,50—26,75; Kleie feine 8,25—8,50; Raps neuer 10,40—10,70; Erdnußkuchen 12,75; Tendenz: stetig. — Alles per 100 Kilogr. waggonfrei Mannheim.

Amtliche Berliner Devisenkurse

	12 September		10. September		V. dem Krieg
	Geld	Brief	Geld	Brief	
London	14.67	14.71	14.68	14.72	20.40
New York	4.209	4.217	4.209	4.217	4.23
Amsterdam	169.23	169.57	169.23	169.57	168.05
Brüssel	58.31	58.43	58.31	58.43	81.00
Italien	21.61	21.65	21.61	21.65	81.00
Jugoslaw.	6.493	6.507	6.493	6.507	181.05
Kopenhag.	76.02	76.18	76.02	76.18	12.50
Paris	16.48	16.52	16.48	16.52	81.00
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485	55.50
Schweiz	81.16	81.32	81.17	81.33	81.00
Wien	51.95	52.05	51.95	52.05	70.50

Viehmärkte vom 12. September 1932

	Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfurt
Auftrieb: Großvieh	695	939	—	749	1993	1.87
Ochsen	56	60	100	169	483	—
Bullen	248	281	102	91	695	—
Kühe	284	493	186	253	590	—
Färsen	73	87	99	154	210	—
Fresser	34	18	10	82	11	—
Kälber	466	307	483	437	1250	538
Schafe	79	38	1	17	144	62
Schweine	2546	2548	2482	2548	5633	4960
Ziegen	—	—	—	—	—	—
Preise:						
Ochsen: vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	29–31	30–32	30–32	31–33	31–34	30–32
b) ältere	—	—	—	—	—	—
sonstige vollfleischige a) jüngere	26–28	27–29	26–29	26–30	26–30	26–29
b) ältere	—	—	—	—	—	—
fleischige	22–24	23–26	18–25	22–25	23–26	22–25
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen: jüngere vollfleischige	—	30–32	26–28	—	22–25	25–27
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	23–25	23–27	22–25	23–25	18–21	2 –24
fleischige	20–22	20–22	18–21	20–22	—	—
gering genährte	15–18	16–19	—	—	—	—
Kühe: jüngere vollfleischige	29–31	29–31	27–29	28–30	28–32	24–26
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	25–28	25–28	23–26	25–27	23–27	20–23
fleischige	20–23	21–24	18–22	20–24	18–22	14–19
gering genährte	15–18	16–20	12–17	14–19	13–16	—
Färsen: vollfleischige, ausgemästete	30–33	30–33	29–32	30–33	30–33	30–33
vollfleischige	26–28	27–29	25–28	26–29	24–29	27–29
fleischige	23–25	23–26	20–23	21–25	—	23–26
Fresser: mäßig genährtes Jungvieh	18–23	—	—	15–20	18–24	—
Kälber: Doppellender bester Mast	64–70	—	58–65	—	58–70	—
beste Mast- und Saugkälber	48–52	52–55	49–54	48–52	48–53	40–43
mittlere Mast- und Saugkälber	40–46	42–50	41–48	40–47	38–46	34–39
geringe Kälber	29–36	30–40	30–40	25–39	28–36	28–33
Schafe: Mastl. u. jg. Mastb. a) Weidemast	30–33	—	—	—	30–32	—
b) Stallmast	—	—	—	—	—	—
mittl. Mastl., ält. Mastb., gut gen. Schafe	25–29	—	—	—	24–23	—
fleischiges Schafvieh	22–24	—	—	—	—	—
gering genährtes Schafvieh	—	—	—	—	—	—
Schweine: Fettschweine üb. 300 Pfd. L.-G.	—	44–47	—	45–47	44–47	44–48
vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	45–46	44–47	45–48	44–47	43–47	44–48
vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	45–47	43–47	45–49	44–47	43–47	44–48
vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	42–44	40–46	43–48	43–46	40–45	41–47
fleischige von ca. 120—160 Pfd.	38–41	39–43	39–44	38–42	38–42	36–43
fleischige unter 120 Pfd.	—	—	34–36	34–37	—	—
Sauen	30–40	34–42	38–42	35–41	34–40	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen amtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Berliner Börsenkurse vom 12. Sept. 1932

	Div.	12 9.	9. 9.
Anleihen:			
D. R.-Anl. 27		66.—	65½
Banken:			
Berg.-Märk. Ind.	—	—.—	—.—
Com.- u. Priv.-Bk.	—	56⅜	57.—
Darmst. u. Nat.-Bk.	8	—.—	—.—
Dtsch. Bk. u. Diskt.	6	76.—	75½
Dresdner Bank	—	63⅞	64⅛
Reichsbank	12	132¼	130⅛
Rh.-Westf. Bod.-Cred.	12	65⅛	69.—
Verkehrswerte:			
Reichsbahn V.-A.	3½	81⅛	81⅛
Hapag	6	18⅛	18½
Nordd. Lloyd	6	+	18⅛
Brauereien:			
Dortm. Aktien	10	128⅛	128½
Dortm. Kitter	10	87.—	92.—
Dortm. Union	12	—.—	105.—
Müser	—	9.—	—.—
Schlegel-Scharp.	5	—.—	—.—
Wicküler-Küpper	8	—.—	—.—
Sonstige			
Aku	—	59.—	55⅛
A. E. G.	—	35½	43⅛
Bemberg I. P.	—	68⅜	65½
Chem. Ind. Gelsenk.	5	56.—	55.—
Cont. Cautsch	8	107⅞	102⅜
Daimler Mot.	—	21.—	21.—
Dtsch. Erdöl	5	77⅜	75½
El. Licht u. Kraft	6	86⅜	84½
Eschw. Bergw.	14	—.—	—.—
IG Farbenind.	12	103.—	101¾
Felten-Guilleaume	6⅝	55½	54⅛
Friedrichshütte	6	—.—	—.—
Gebhard u. Co.	—	32.—	—.—
Gelsenk. Bergw.	6	40½	38⅞
Ges. f. el. Unt.	9	75.—	73¼
Goedh. Gebr.	12	74	—.—
Goldschmidt	—	29¼	29.—
Hammersen	—	—.—	—.—
Harpener Berg.	—	79.—	75.—
Hoesch Eisen-Köln-Neuessen	—	37.—	34¼
Kali Aschersleben	10	109.—	108.—
Karstadt Rud.	—	—.—	—.—
Klöcknerw.	—	35¼	33¼
Köln Gas u. Elek.	3	—.—	43¾
W. Krefft	—	24.—	—.—
Kromschröder G.	7	—.—	—.—
Kronprinz Metall	—	20.—	17⅝
Küppersbusch	6	—.—	—.—
Mannesm.-Röhren	6	54⅛	51¼
Mansfeld	—	24.—	25.—
Maschb.-Untern.	—	33⅜	30⅝
Mülh. Bergw.	7	—.—	60.—
Phönix Bergw.	4½	27⅝	25⅜
Rhein. Braunk.	10	176⅝	176¼
Rh. Elektrizität	9	72½	73¼
Rhein-Möbelstoff	—	10.—	10¼
Rhein-Spiegel	6	50¼	53¼
Rhein-Stahl	6	70¼	64⅞
Rhein.-Westf. Elektr.	5	79¾	77.—
Rhein-West Kalk	—	—.—	—.—
Rhein.-Westf. Sor.	4,8	—.—	—.—
Roddergrube	15	—.—	—.—
Salzdetfurth	15	179¼	175.—
Schött Herm.	—	—.—	—.—
Schwelm Eisen	4	+	+
Siemens u. Halske	14	139¼	136½
Stollb. Zinkh.	—	40.—	38.—
Stollwerk	—	35¼	35¼
Tietz	8	49¾	49¼
Ver. D. Nickel	4	73	75
Ver. Glanzst. Elbf.	—	71.—	74.—
Ver. Stahlw.	—	20⅝	19¾
Warstein Gruber	—	37¼	36¼
Wasserw. Gelsenk.	9	—.—	—.—
Westeregeln	10	114—	111¾
Westf. Draht Hamm	5	—.—	—.—
Westf. Kupfer	—	—.—	—.—
Wittener Guß	—	—.—	—.—
Westfälische Landesbankanl.			
6% Prov. Feing. 25		—.—	—.—
6% dto. 26		—.—	—.—
6% Komm. Obl. 28/29 2—3		—.—	—.—
6% dto. 30 R. 1		—.—	—.—
6% Goldpfdbr. R. 1		65¼	—.—
6% Westf. Pfandbriefanst. Hausgrundstücke		—.—	—.—
6% dto. Goldpfandbriefe		—.—	—.—
Westf. Provinzialanleihe-Auslosg.		49¼	—.—
Festverzinsliche Werte			
6% Preuß. Ld.-Bk.-anstalt R. 19		71.—	71.—
6% dto. 4		71¼	71¼
6% dto. 13/15		71¼	71¼
6% dto. 17/18		71.—	71.—
6% dto. 21		70½	70¼
6% dto. Komm. Obl. 1		63½	—.—
6% dto.		64.—	64.—
6% dto.		—.—	63½
6% dto.		—.—	—.—
6% Pr. Centr.-Bod u. Pfdbr. Fm. 1		70½	9½
6% dto. Komm Obl. 1		59.—	59.—

(—) bedeutet: ohne Angebot und Nachfrage.

Die Programmrede des Reichskanzlers von Papen

In einer Rundfunkrede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde, führte der Reichskanzler u. a. aus:

Meine deutschen Landsleute! Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volke, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von ihr befolgte Programm entgegenzunehmen.

Die kommunistische aus Moskau zugereiste Abgeordnete Klara Zetkin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigert sich das deutsche Volk auch nur entgegenzunehmen. Ich stelle dieses Vorgehen des Reichstages vor dem deutschen Volke fest.

In dem folgenden Rechenschaftsbericht betonte der Kanzler zunächst, daß es unmöglich sei, in drei Monaten abgeschlossene Leistungen vorzuweisen, die sich im Leben der Nation auswirken könnten.

Die Reichsregierung sei fest entschlossen, den Weg ihrer bisherigen Handlungen weiter zu beschreiten,

den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung. Endlich sei in Lausanne

unter das unselige Kapitel der Reparationen ein Strich

gezogen worden. Das System der Reparationen und der Youngplan als seine letzte Verkörperung sei tot und werde niemals lebendig werden. Die vereinbarte Restzahlung von höchstens drei Milliarden stehe unter den Bedingungen, die die Möglichkeit ausschlössen, daß sich daraus Gefahren für die Wirtschaft und die Finanzen Deutschlands ergeben könnten. Der Kanzler betonte, daß er schon in Lausanne den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet habe, als

s Volk mit gleichen Rechten und Pflichten

in der Welt behandelt zu werden. Die Beseitigung dieser Diskriminationen dürfe nicht wieder von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden. Die Herstellung der vollen Souveränität des Reiches, seiner Freiheit und Gleichberechtigung sei das grundsätzliche Ziel der Außenpolitik, sei eine Sache der Ehre und Weltachtung Deutschlands. Jede Regierung, die die großen Lebensfragen der Nation vorwärts zu treiben suche, stehe auf einer sehr viel breiteren Basis, als irgendeine Partei sie bieten könne, auf der Unterstützung des gesamten Volkes. Deutschland wolle

die Abrüstung.

Es würde auch die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge annehmen, wenn sie gleichmäßig für alle Staaten Geltung hätten. Es sei aber unerträglich, daß das deutsche Volk weiter als Volk zweiter Klasse behandelt werde und schutzlos dastehe. Niemand habe mit größeren Hoffnungen auf die Abrüstungskonferenz gesehen als Deutschland, deren Ergebnis grausam enttäuscht habe. Deutschland könne

an den weiteren Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen, bevor nicht die Frage der Gleichberechtigung im deutschen Sinne geklärt

sei. Die französische Antwortnote werde zurzeit noch geprüft. Ihr Inhalt scheine nicht geeignet, die Lösung dieses ernsten Problems zu fördern.

Zu Fragen der Innenpolitik übergehend betonte der Kanzler, daß

das große Ziel

der Reichsregierung, das sie nach ihrer festen Ueberzeugung auch erreichen werde, die

entscheidende Verminderung der Arbeitslosigkeit

sei. Durch das Wirtschaftsprogramm würden in den nächsten Monaten 3/4 Milliarden für öffentliche Aufträge bereitgestellt werden. Hinzu kämen Reichsmittel für die vorstädtische Kleinsiedlung und den Bau von Eigenheimen. Die bäuerliche Siedlung sehe die Regierung als eine der bedeutsamsten nationalpolitischen Fragen an, doch seien hier zunächst schwierige Aufräumungsarbeiten zu leisten. Bei Durchführung des Wirtschaftsprogramms sei es besonders eine schwere Aufgabe, den nötigen Ausgleich zwischen den Interessen der Gesamtwirtschaft und dem besonderen Ziel zu schaffen, auch für die Landwirtschaft wieder erträgliche Verhältnisse herbeizuführen. Dem Zusammenbruch weiterer bäuerlicher Betriebe müsse Einhalt geboten, die Selbständigkeit der Nahrungsmittelversorgung sichergestellt werden. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei beste Sozialpolitik. Selbstverständlich bekenne sich die Regierung zu ihrer Pflicht gegenüber den schutzbedürftigen Arbeitnehmern. Hier finde

die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit.

Die Regierung wolle nach der Richtschnur des Reichspräsidenten handeln, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben müsse. Sie lasse sich von niemand an sozialer Gesinnung übertreffen. Nur bei entscheidender Verringerung der Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter würden die Unterstützungen für die Erwerbslosen, die auch die Regierung gegenwärtig für zu niedrig halte, erhöht werden können. In der

Sozialversicherung

habe die Regierung bei Amtsantritt einen schwer gefährdeten Zustand vorgefunden, so daß sie zu Reformen gezwungen worden sei. Leistungen, die selbst über die Kraft einer gesunden Wirtschaft hinausgingen, müßten preisgegeben werden, denn nur dadurch sei die Zahlung der Renten zu sichern. Die sozialen Einrichtungen müßten so vereinfacht und verbilligt werden, wie es der wirtschaftlichen Not der Zeit und dem Gebot der Sparsamkeit entspreche. Niemand in der Reichsregierung denke daran, die wohlerworbenen Rechte des Versicherungsschutzes zu beseitigen, den Arbeiterschutz aufzuheben oder die begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören. Das Mißtrauen in diesem Punkt sei grundlos. Allein der tief innerliche Wille lenke die Regierung, dem Volke den Wiederaufstieg aus jahrelanger Not zu bahnen. Es sei jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen,

die Privatinitiative

wieder zu wecken. Von den Unternehmern erwarte die Regierung, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwalteten. Sie werde mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollten. Mißlinge der Plan, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, so sei das freie Unternehmertum verloren. Betriebe mit staatlicher Beihilfe müßten in einer Weise staatlichem Einfluß unterworfen sein, daß ihr Ertrag nur dem gemeinen Nutzen und nicht privatem Vorteil diene. Eine wachsende

Welle der Zuversicht

gehe über die Menschheit. Aber nur durch Kampf lasse sich eine neue bessere Zukunft gewinnen. Die Regierung rufe das Volk zu ihrer letzten Anstrengung auf in dem Bewußtsein, daß damit die furchtbaren Krisenjahre auf immer hinter uns versänken.

Arbeit und Brot — der Plan der Regierung gebe beides.

Der Kanzler betonte dann weiter, daß auch der

Umbau unseres staatlichen Lebens

eine Hauptaufgabe der Regierung sei. Die Reichsregierung erblicke ihre historische Mission in der Beseitigung von Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung. Es wäre auch verfehlt, an die Stelle wechselnder Parteikoalitionen die Diktatur einer Partei zu setzen, eine Staatsform, die den Bedürfnissen des deutschen Volkes niemals entspreche. Hätten deshalb, so fragte er, Millionen

den Kampf gegen das „System"

geführt, das die Beamtenschaft politisierte und die Stellen des Staates und der Verwaltung zu Pfründen herabwürdigte, das die Hoheit des Staatsgedankens untergehen ließ in dem Morast selbstsüchtiger Interessen? Die Regierung glaube, daß die formale Demokratie abgewirtschaftet habe und nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden könne. Aus der heutigen Zersetzung unseres Staatslebens könne allein die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen Staatsführung herausführen, die sich auf die Autorität des Reichspräsidenten stütze. Wenn heute eine Regierung das Programm auf ihre Fahne schreibe, das eine große Partei im wesentlichen gefordert habe, und wofür sie Millionen in Bewegung gesetzt hätte, dann erfahre sie sicherste Opposition, weil, ja weil sie zufällig nicht aus den Reihen jener Partei hervorgegangen sei.

Der Verwilderung des politischen Kampfes

mit persönlichen und kollektiven Verunglimpfungen müsse ein Ende gesetzt werden. Moskowitische Methoden hätten in Deutschland keinen Raum. Der Kanzler setzte sich dann mit der NSDAP. auseinander, die, wie er glaube, eine bittere Enttäuschung erleben werde, wenn sie meine, mit ihrem Kampf gegen die „feinen Leute" und gegen die sogenannten „Barone", die „Herrenschicht", neue Wahlerfolge zu erzielen. Die NSDAP. werde dabei ihr Ziel verfälschen und sich im Gegensatz bringen zu ihrer großen Vergangenheit. Der Kanzler betonte dann die Notwendigkeit einer

christlichen Jugenderziehung,

zu der es ebenfalls der Aufrichtung einer dauerhaften Staatsautorität bedürfe. Der Kanzler hielt es weiter für eine selbstverständliche Pflicht, sich

vor die historische Pflicht des Staatschefs

zu stellen. Das deutsche Volk habe ein sicheres Gefühl der Dankbarkeit für das Gottesgeschenk, das ihm den Führer in Krieg und Frieden, den Wahrer seiner besten Traditionen an der Spitze der Nation erhalten habe. So hoch die kämpfenden Gewalten von heute von diesem Symbol der Einigkeit überschattet würden, so sicher werde jeder gute Deutsche nur mit Kopfschütteln und Abscheu von Reden Kenntnis genommen haben, die jeder Ehrfurcht vor der Weisheit des Alters und der großen Persönlichkeit vermissen ließen. Die

Reform der Verfassung

werde nicht übereilt und nur in Uebereinstimmung mit den Ländern einer Lösung zugeführt werden. Es sei ein Entwurf beabsichtigt, der auf Grund der Erfahrungen der Geschichte und der Eigenart unserer Heimat für lange Zeit die Grundlage unseres staatlichen Lebens sichern solle. Ganz dringend sei dabei die Frage einer

Neuregelung eines Aufbaus des Reiches.

Ausgeschlossen müsse in Zukunft ein Gegeneinander- und Nebeneinanderregieren im Reich und in Preußen sein. Dann werde der [illegible] nicht zerschlagen, aber notwendig sei eine organische Verbindung der preußischen Regierung mit der des Reiches. Hier läge die Möglichkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform und Verwaltungsverbilligung. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen werde die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten. Die Bande des Blutes, der Sprache und der gemeinsamen Kultur zwischen uns und den Deutschen jenseits der Grenzen würden unzerreißbar sein bei einer Gliederung des Reiches, die jenseits eines starren Zentralismus die Sicherheit einer starken Reichsgewalt erhalte. Das Programm der Reichsregierung sei ein einheitlicher und folgerichtiger Plan zur Wiederherstellung von Wirtschafts- und Staatsleben. Die Regierung betrachte sich hierbei als Vollstrecker eines nationalen Willens, der zwar seinen Niederschlag [illegible] Parteien gefunden habe, der aber der eigentliche und wahre Volkswille sei.

Die Sicherheit für das politische und wirtschaftliche Leben bestehe in der unerschütterlichen Entschlossenheit der Regierung, die im Auftrage des Reichspräsidenten gefaßten Pläne bis zum Erfolg durchzuführen.

Der Kanzler schloß: Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des Reichstages die erwählten Vertreter des Volkes aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert. Sie hat es nicht gewollt. Deshalb rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu:

Mit Hindenburg und für Deutschland!

Frankreichs Antwort
auf Deutschlands Gleichberechtigungsverlangen

Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Verlangen auf Gleichberechtigung stellt in der deutschen Uebersetzung ein Schriftstück von etwa elf Schreibmaschinenseiten dar.

Frankreich lehnt in der Antwort eine deutsche „Aufrüstung" ab und verweist die Entscheidung über den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung an den Völkerbund, bei dem allein die Entscheidung liege.

Die Antwort gliedert sich in zwei Teile, deren erster sich mit der Abrüstungskonferenz beschäftigt, während in dem zweiten Teil die Antwort auf das deutsche Verlangen im einzelnen gegeben wird.

In dem ersten Teil der Antwort erklärt die französische Regierung u. a., daß die deutsche Auffassung, der Verlauf der Abrüstungskonferenz werde unbefriedigend bleiben, den Ereignissen vorgreife und sich bei gerechter Bewertung des bereits Geleisteten nicht rechtfertigen lasse.

U. a. heißt es in der Note noch:

"Weder im Teil V des Vertrages (von Versailles) noch in der Völkerbundssatzung findet sich irgendeine Vorschrift, wonach eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen die Richtigkeit der im Vertrage enthaltenen Bestimmungen dauernden Charakters zur Folge hätte. Mit diesem rechtlichen Vorbehalt erklärt sich Frankreich bereit, seinerseits an der Prüfung dieses Problems auf dem gleichen Fuße wie alle anderen Beteiligten und mit dem Wunsche mitzuarbeiten, daß in den künftigen Texten die Fortschritte berücksichtigt werden, die durch die Arbeiten der Konferenz selbst erzielt sein werden.

Zur sachlichen Seite erklärt die Note, die französische Regierung brauche nicht zu zögern, die Richtschnur ihres Handelns bekanntzugeben. Sie werde auf dem Wege der Abrüstung um so weitergehen, je größere Garantien sie in der allgemeinen Organisation des Friedens finde.

In dem zweiten Teil der Antwort wendet sich die französische Note dem Abschnitt 7 der deutschen Zusammenfassung zu, in dem auf organisatorische Aenderungen (Abstufungen der aktiven Dienstzeit, Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht, Errichtung einer Miliz) hingewiesen wird. Um sicher zu sein, daß es in diesem Text keine irrtümliche Auslegung gebe, habe die französische Regierung sich an die Erklärungen des Reichswehrministers in der „Newyorker Times" vom 8. August, des Heimatdienstes vom 1. September und des Resto del Carlino vom 31. August gehalten. Es handele sich demnach darum, daß für Deutschland auf dem Gebiete des Heeres Luftstreitkräfte, Kampfwagen, schwere Artillerie sowie Luftabwehrgeschütze und auf dem Gebiete der Marine Unterseeboote, Flugzeugmutterschiffe und Panzerschiffe gefordert würden. Kein Zweifel: Es handle sich hier um eine Aufrüstung. Sodann fährt die Note wörtlich fort:

Schon jetzt muß darauf hingewiesen werden, daß diese Aufrüstung sich unabwendbar auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Verträge an ein ähnliches Regime gebunden sind wie Deutschland. Eine Aufrollung des ganzen mittel- und osteuropäischen Problems wäre also die unmittelbare Folge und auf dieser breiten Grundlage würde das Wettrüsten von neuem beginnen. An der Frage, die Frankreich vorgelegt worden ist, ist also ganz Europa unmittelbar interessiert, und Frankreich kann sich nicht darauf einlassen, auf ein Problem von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen.

Und es geht offensichtlich um noch mehr. Da nach den Erklärungen, die die Herren Minister von Neurath und von Schleicher am 29. August dem Herrn Botschafter Francois Poncet gegenüber abgegeben haben, Deutschlands Forderungen sich auch auf das Seewesen erstrecken, würde das gesamte Flottenregime der Mächte mit ins Spiel gezogen werden.

Die Unvorsichtigkeit einer Einzelantwort würde also das gesamte Rüstungsregime der Welt berühren. Dieser Gesichtspunkt kann dem Scharfsinn der verantwortlichen Staatsmänner nicht entgehen.

Wenn also Deutschland auf seinen Absichten besteht, so muß eine allgemeine Aktion durchgeführt werden. Auf welchem Boden? Nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz. Zunächst deshalb, weil die Forderung Deutschlands dem Ziel dieser Konferenz — das darin besteht, Herabsetzungen und nicht Erhöhungen der Rüstungen zu erzielen — seinem Wesen nach direkt widerläuft, und ferner deshalb, weil an dieser Konferenz Vertreter von Nationen teilnehmen, die an den Friedensverträgen nicht beteiligt waren. Die erforderlichen Verhandlungen könnten zweifellos nicht geführt, ja nicht einmal angebahnt werden, ohne Befragung der Mächte, die dem Vertrauenspakt vom 13. Juli 1932 beigetreten sind. Außerdem ist für die Diskussion der Vertrag von Versailles maßgebend, der nicht einseitig abgeändert werden kann und besonders der Artikel 164, in dessen zweiten Absatz es heißt: Es ist keinerlei Aenderung in dem durch den Vertrag bestimmten Rüstungsstande gestattet, bevor Deutschland nicht in den Völkerbund aufgenommen worden ist. Dieser kann etwa wünschenswert erscheinenden Abänderungen zustimmen.

So liegt also die Entscheidung allein beim Völkerbund. Frankreich kann den Verpflichtungen, die es ihm gegenüber eingegangen ist, nicht zuwiderhandeln, und wir behalten uns vor, vor dem Völkerbund gegebenenfalls die Gründe darzulegen, die uns hindern, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen.

Aufgeklärte Morde
Der Mörder Henses in Gelsenkirchen festgenommen

Wie berichtet, wurde am 8. September in den frühesten Morgenstunden in den Anlagen der Zeppelin-Allee in Gelsenkirchen der 28jährige Wirtssohn Hense ermordet gefunden. Der Täter, der 26jährige Erwerbslose Ernst Prell, konnte am Samstag in seiner Wohnung in Katernberg, Bruchstraße 17, festgenommen werden.

Er bestreitet die Tat und gibt an, in der betreffenden Nacht sei er sinnlos betrunken gewesen und könne sich an nichts mehr entsinnen. Mehrere Personen haben in der fraglichen Nacht Hense mit einem Manne gesehen und wollen Prell wiedererkennen. Von Wichtigkeit war die Aussage einer Frau, die Hense in der Tatnacht ebenfalls mit einem Manne gesehen hat und bei der Gegenüberstellung Prell als seinen Begleiter wiedererkannte. Prell habe ein helles Oberhemd getragen, das auch bei der Durchsuchung der Wohnung mit Blut befleckt vorgefunden wurde. Nachdem Prell lange Zeit bestritten hatte, gab er schließlich zu, das Hemd in der fraglichen Nacht getragen zu haben. Eine Blutuntersuchung wird weitere Aufschlüsse erbringen. Auf Grund des zusammengetragenen Beweismaterials kann jetzt schon gesagt werden, daß Prell als Täter in Frage kommt. Der Täter ist im Jahre 1929 aus der französischen Fremdenlegion entflohen und wegen Körperverletzung verschiedentlich vorbestraft.

Der Mord an der Sprachlehrerin Bruscato

am Tempelhofer Ufer in Berlin, eine Tat, deren Brutalität Aufsehen erregte, erscheint aufgeklärt, wenn auch ein Geständnis noch nicht vorliegt. Als dringend verdächtig wurde von der Mordkommission ein 23jähriger Bürogehilfe Friedrich Stark ermittelt. Auf Grund der Anhaltspunkte wurde Stark, der geflüchtet war, im Verlaufe des Sonntagvormittags in Stuttgart ermittelt und festgenommen. Nachweislich hat Stark in Berlin Sachen veräußert, die dem Untermieter der Frau Bruscato entwendet waren.

„Graf Zeppelin" wieder zu einer Südamerikafahrt gestartet

Aus Friedrichshafen, 12. Sept., wird gemeldet: Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist um 22.10 Uhr unter Führung von Kapitän Lehmann mit neun Passagieren an Bord zu einer neuen Südamerikafahrt, die diesmal von Pernambuco bis nach Rio de Janeiro ausgedehnt wird, aufgestiegen.

Schmeling — Walker verschoben

Am 23. September oder 24. September

Der Boxkampf zwischen Exweltmeister Max Schmeling (Deutschland) und dem früheren Mittelgewichtsweltmeister Mickey Walker (Amerika), der für den 19. September angesetzt war, mußte um vier Tage verschoben werden, da Walker am rechten Arm ein Furunkel hat. Die Boxkommission hat bereits ihre Zustimmung gegeben. Sollte es am 23. September, dem neuen Austragungstermin, regnen, so findet der Kampf einen Tag später statt.

Westdeutscher Einzelhandel für das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

In Düsseldorf sind die Vertreter der drei Landesverbände des Westdeutschen Einzelhandels zu einer Besprechung zusammengekommen, um zu der Lage, die sich aus den verschiedenen Notverordnungen ergibt, Stellung zu nehmen. Dabei wurde das Programm der Reichsregierung in seinem Grundprinzip begrüßt und erklärt, daß es geeignet sei, den Wirtschaftspessimismus der letzten Zeit, unter dem der Einzelhandel besonders zu leiden gehabt habe, zu beseitigen. Die geplanten Einfuhrkontingente dagegen würden den erstrebten Aufbau empfindlich stören.

Schließung sämtlicher höheren Schulen in Pommern

Um eine weitere Verbreitung der spinalen Kinderlähmung zu verhindern, hat das Provinzialschulkollegium in Stettin die Schließung sämtlicher höheren Schulen Pommerns ab Donnerstag, 15. September, bis zum 3. Oktober angeordnet. Die Herbstferien sind durch diese Maßnahme vorverlegt und um einige Tage verlängert worden. Bei anhaltender Erkrankungsgefahr müßten auch die erzwungenen Ferien noch verlängert werden.

Ueber die Schließung der Gemeindeschulen, in der Hauptsache im Regierungsbezirk Köslin, verlautet, daß der zuständige Regierungs- und Medizinalrat vorläufig den Ausfall des Unterrichts in den unteren vier Klassen der Gemeindeschulen angeordnet hat, nachdem auch in der Regierungshauptstadt Köslin selbst ein Fall spinaler Kinderlähmung festgestellt wurde. Es ist anzunehmen, daß auch alle anderen Schulen geschlossen werden

Noch immer Sperrmaßnahmen gegen den Danziger passiven Veredelungsverkehr

Die Regierung der Freien Stadt Danzig hat eine Note an den diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig gerichtet, in der festgestellt wird, daß die von den Völkerbundsinstanzen als unzulässig erklärten Sperrmaßnahmen gegen Waren des Danziger passiven Veredelungsverkehrs allen Entscheidungen zum Trotz unvermindert in aller Schärfe weiter aufrecht erhalten worden seien, und zwar auf Veranlassung und unter Mitwirkung höherer und höchster Stellen der polnischen Zollverwaltung. Die Danziger Regierung behalte sich vor, aus dem mit den internationalen Verpflichtungen der Republik Polen, ihrer Stellung zum Völkerbund und zu Danzig im Widerspruch stehenden Verhalten der polnischen Regierung ihre Folgerungen zu ziehen, und spreche die Erwartung aus, daß die polnische Regierung unverzüglich alle bisher unterlassenen Anordnungen treffen werde, um die Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 29. März 1932 dem Worte und dem Geiste nach auszuführen.

Wieder mal eine französische Hetzrede

Auf einem kleinen Soldatenfriedhof bei Nancy fand in Anwesenheit des Militärgouverneurs von Straßburg und des Marschalls Lyautey eine Gedenkfeier unter starker Beteiligung von Frontkämpfervereinigungen, die mit ihren Fahnen aufmarschiert waren, statt. Diese Gelegenheit hielt der frühere Minister, Abgeordneter **Desire Ferry**, für angebracht, eine Hetzrede gegen Deutschland zu halten. Er erklärte u. a., Frankreich dürfe eine Aenderung der Militärklausel des Versailler Vertrages nicht annehmen. Es werde Deutschland, das, wie er behauptete, von dem alten kriegerischen Geist beseelt sei, nicht erlauben, seine einstige militärische Hegemonie wieder herzustellen, die dem Frieden verhängnisvoll geworden sei. Desire Ferry äußerte dann die Ansicht, daß seine irregulären Formationen und seine „geheime Kriegsmaterialfabrikation" (!) eine Verletzung dieser Militärklausel darstellten. „Diese Drohungen des Generals von Schleicher", so drückte sich der Redner aus, „schüchtern uns nicht ein, aber sie geben gewissen Kreisen bei uns einen Vorwand, unsere Abrüstung zu verlangen. Das ist für uns eine Warnung. Frankreich darf seine nationale Verteidigung nicht schwächen, wenn es nicht aufs neue die Beute des preußischen Militarismus werden will." Desire Ferry glaubte zum Schluß versichern zu können, daß alle Franzosen einmütig hinter die Regierung treten würden, die den Absichten Deutschlands Hindernisse in den Weg zu legen verstehe und somit der Friedenssache diene.

Unterstaatssekretär Castle über die Rede Edges in Meaux

Aus Washington, 12. Sept., wird berichtet: Unterstaatssekretär Castle erklärte heute, daß die Rede, die der amerikanische Botschafter Edge gestern bei der Enthüllung des Denkmals für die französische Nation in Meaux gehalten hatte, weder auf Veranlassung des Staatsdepartements erfolgt sei noch der Text der Rede hier vorgelegen habe. Die Rede des Botschafters dürfe nicht in einzelne Sätze zerpflückt werden, sondern sie müsse als einheitliches Ganzes gelten. Man müsse auch davon ausgehen, was die Veranlassung dazu gewesen sei. Der Gedanke, ein Monument zu stiften, sei bereits im Jahre 1917 aufgekommen. Edge habe offenbar lediglich erneut betonen wollen, daß Amerika sich stets auf die Seite des angegriffenen Staates stelle und stellen werde. Amerikas Standpunkt zu den französischen Wünschen in der Frage der Sicherheit sei bekannt und habe sich nicht geändert. Amerika werde sich niemals auf einen Sicherheitspakt einlassen, d. h. es werde sich nie vertraglich zur Waffenhilfe für ein anderes Land verpflichten.

Nach der Reichstagsauflösung

Der Reichsinnenminister zu Neuwahlen

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl teilte zur Frage des Wahltermins mit, daß die Reichsregierung durchaus die Absicht habe, die verfassungsmäßigen Vorschriften einzuhalten und daß, wenn eine Wahl ausgeschrieben werde, sie auch unter dem gegenwärtigen Wahlgesetz erfolgen würde. Selbstverständlich könne eine Wahl nur erfolgen, wenn Ruhe und Ordnung gewährleistet seien. Auf die Frage, ob die Reichsregierung zur Gewährleistung von Ruhe und Ordnung besondere Maßnahmen zu ergreifen gedenke, erklärte der Minister, daß die Reichsregierung hierzu gegenwärtig keinen Anlaß sehe.

Das amtliche Abstimmungsergebnis

Nach der endgültigen amtlichen Feststellung über das Ergebnis der namentlichen Abstimmung am Montag sind für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und gleichzeitig für das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Papen 512 Stimmen abgegeben worden. Gegen die Anträge stimmten 42 Abgeordnete, nämlich 35 deutschnationale und die 7 Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Von den Deutschnationalen hat sich jedoch der Abg. Spahn der Stimme enthalten. Ferner haben sich der Stimme enthalten: die drei Abgeordneten des Christlich-Sozialen Volksdienstes Behrens, Schmidt-Westfalen und Simpfendörfer, sowie der Abgeordnete der Volksrechtspartei, Bauser-Stuttgart, so daß sich im ganzen fünf Stimmenthaltungen ergeben. Ueberhaupt nicht an der Abstimmung teilgenommen haben die vier Mitglieder der Staatspartei, die zwei Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und die zwei Wirtschaftsparteiler.

Die Zentrumsfraktion

besprach am Montagabend die durch die Auflösung des Reichstages geschaffene Lage. Die einmütige Auffassung der Zentrumsfraktion geht, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, dahin, daß sie in der Auflösung des Reichstages eine schwere Schädigung von Volk und Wirtschaft sowie eine verhängnisvolle Verschärfung der innerpolitischen Spannungen und Gegensätze erblickt. Nach der Auffassung der Zentrumsfraktion hätte diese erneute Erschütterung des gesamten Volkslebens vermieden werden müssen und können. Die Zentrumsfraktion habe nichts unversucht gelassen, um alle positiven Möglichkeiten zu einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung auszuschöpfen. Die Reichsregierung habe jeden derartigen Versuch vereitelt. Die Zentrumspartei müsse daher jede Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen dieser Auflösung ablehnen. Getreu ihrer Ueberlieferung als Verfassungspartei und als Hüterin der Volksrechte werde die Zentrumspartei ihren Weg unbeirrbarer Sachlichkeit zum Wohle des Volksganzen mit äußerster Entschlossenheit fortsetzen.

Finanzfragen der USA.

Hoover fordert Herabsetzung des Etats 1934 um eine halbe Milliarde Dollar

Präsident Hoover hat das Staatshaushaltsbüro aufgefordert, die Ausgabenvoranschläge für 1934 mindestens um 500 Millionen Dollar unter den Anschlägen für 1933 zu halten. Die Ausweise über die Steuereingänge sind seit einiger Zeit enttäuschend niedrig gewesen, und ein weiteres schweres Defizit wird für das nächste Finanzjahr erwartet. Nach Ansicht eines Mitgliedes des Finanzausschusses des Senats dürfte sich der Fehlbetrag wahrscheinlich auf 400 Millionen belaufen.

Ausschuß zur Prüfung des internationalen Schuldenproblems

Aus Newyork, 12. September, wird berichtet: Unter dem Vorsitz von Alfred Sloan, dem Präsidenten der General Motors Company, wurde ein Ausschuß von 76 führenden Persönlichkeiten aus Industrie, Landwirtschaft und Arbeit gegründet, der sich mit der Prüfung des Problems der Verschuldung zwischen den Staaten befassen soll, und zwar unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Nur eine solche Betrachtung, erklärte Sloan, könne die breite Masse des amerikanischen Volkes befriedigen. Daher sei geplant, die wirtschaftlichen Wirkungen der drei möglichen Lösungen darzustellen, nämlich einer vollständigen Zahlung oder einer Revision und Herabsetzung, oder einer vollständigen Streichung. Vizepräsidenten des Ausschusses sind Nicholas M. Butler, Präsident der Columbia-Universität, John W. Davis, ehemaliger amerikanischer Botschafter in London, Henry Fleitcher, ehemaliger amerikanischer Botschafter in Rom, Alfred Smith, der frühere Gouverneur des Staates Newyork, Frank Lowden, der frühere Gouverneur von Illinois, Wickersham, ehemaliger Bundesgeneralanwalt, ferner die Präsidenten der Eisenbahner- und Landarbeiter-Verbände.

Es wird betont, daß das Problem der Verschuldung zwischen den Staaten unvoreingenommen erwogen werden müsse, denn in Zeiten einer Depression biete seine Lösung die Möglichkeit, einen wirtschaftlichen Aufschwung zu stimulieren.

Gleichzeitig bringt die September-Nummer der Zeitschrift der Carnegie-Friedensstiftung Aufsätze von Butler und Borah, die im wesentlichen ihre früheren Aeußerungen nach der Konferenz von Lausanne wiederholen, in denen sie die Vorteile der vollkommenen Schuldenstreichung für die amerikanische Wirtschaft hervorhoben.

Ereignisse im Fernen Osten

Dr. Schnee und General Claudel kehren zurück

Die japanische Nachrichtenagentur Rengo meldet aus Tsitsikar, daß der französische General Claudel und Dr. Heinrich Schnee, Mitglieder der Lytton-Kommission, Tsitsikar im Flugzeug verlassen hätten. Sie würden von Mandschuli aus die Rückreise nach Europa per Eisenbahn antreten.

Ueberfall auf einen englischen Bankdirektor in Schanghai

Wie Reuter aus Schanghai meldet, ist der Generaldirektor der Niederlassung Charbin der Hongkong-Schanghai Banking Corporation beim Golfspiel von Banditen überfallen worden, die ihn zu entführen versuchten. Er konnte sich jedoch erfolgreich zur Wehr setzen. Dabei trug er eine leichte Verwundung davon.

Die chinesische Regierung und die Beschlagnahme der mandschurischen Zolleingänge

Aus Nanking, 12. Sept., wird gemeldet: Der chinesische Finanzminister Sung stellte die Nachricht entschieden in Abrede, nach der der Minister des Auswärtigen an die Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Vereinigten Staaten eine Note gerichtet hätte, um ihnen mitzuteilen, daß China die diesen Monat fälligen Zahlungen nicht leisten könnte. Der Finanzminister fügte hinzu, diesen Regierungen sei lediglich mitgeteilt worden, daß infolge der Beschlagnahme der mandschurischen Zolleingänge durch die Japaner kein Betrag für die Zahlung der durch die Salzsteuer garantierten Anleihezinsen eingetroffen sei. Er habe weiter die Aufmerksamkeit dieser Regierungen auf ein mögliches Vorgehen ihrerseits in der Angelegenheit der Beschlagnahme der Zolleingänge gelenkt, aus der sich eine ernste Lage entwickelt habe. Finanzminister Sung erklärte weiter, die Inspektoren der Salzsteuer seien bereits ersucht worden, eine Teilzahlung von 250 000 Pfund Sterling zur Amortisierung der englisch-französischen Anleihe vorzunehmen.

Banditen plündern einen Zug der mandschurischen Bahn

„Daily Herald" meldet aus Charbin: In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag haben Banditen einen nach Süden fahrenden Zug der mandschurischen Bahn zwischen Pirben und Tschangtschun zum Entgleisen gebracht. Sie plünderten die 600 Passagiere des Zuges völlig aus. 100 von den Passagieren wurden teils getötet, teils verletzt. Am Sonntag früh 4 Uhr ist ein Hilfszug mit Aerzten und Krankenpflegern von Charbin abgesandt worden

Die Gesellschaft der Bibliophilen

hielt in Frankfurt a. M. auf Einladung der Stadt ihre diesjährige Generalversammlung ab. Aus allen Teilen Deutschlands, aus Oesterreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz waren Bücherfreunde und -freundinnen nach Frankfurt gekommen. — Die Tagung begann mit der Berichterstattung des Sekretärs, des Schatzmeisters und des Geschäftsführers des Arbeitsausschusses.

Am Sonntag wurde im großen Festsaal des Liebighauses eine Festsitzung veranstaltet, die außerordentlich stark besucht war. Moritz Sondheimer sprach in feinsinniger Weise über „Bibliophile" und führte u. a. aus, jedes Volk, jede Generation und jedes Zeitalter habe sein eigenes Buch und daher auch seine eigene Bibliophile. Der Bibliophile habe den Wahlspruch „Ueberall und immer". Dieser Wahlspruch gelte auch in der jetzigen Zeit wirtschaftlicher Not. Auch die Bücherliebe höre nimmer auf. Professor Rudolf Koch (Offenbach-Main) sprach über „Künstler und Sammler". Er bedauerte, daß die Kunst im Buche im letzten Jahrzehnt außerordentlich vernachlässigt worden sei. Wie aber die Kunst eine Notzeit brauche, so hoffe er von der jetzigen Notzeit, daß aus ihr wieder eine gute deutsche Buchkunst werde.

Kongreß des Protestantischen Weltbundes

Der Kongreß des Protestantischen Weltbundes wurde in Stockholm in der Storkirche mit einer Begrüßungsansprache des Ministers für Kirche und Schule, Stadener, in Gegenwart von 400 Kongreßteilnehmern, darunter 70 Deutschen sowie zahlreichen Ehrengästen, feierlich eröffnet. Im Namen der deutschsprechenden Teilnehmer ergriff Dr. Fahrenhorst-Berlin das Wort, ferner sprachen Professor W. A. Curtis, der einen Gruß aus Schottland überbrachte, Pastor Hoyois-Brüssel und Professor Ahnlund-Stockholm. Anschließend schritten die Teilnehmer in Prozession nach der Riddarholmkirche, wo u. a. der Vorsitzende des evangelischen Ausschusses, Domprobst Pfannenstil, und der Stockholmer Oberstatthalter Eimquist Reden hielten.

Der Höchstkommandierende der Heilsarmee in Berlin



General Edward Higgins (links), der Leiter der Heilsarmee aller Länder mit Kommandant Friedrich, dem Leiter der deutschen Heilsarmee.

Vier Tote auf dem Richthofen-Schacht geborgen

Aus Kattowitz, 12. Sept., wird berichtet: Die Bergungsarbeiten auf dem Richthofen-Schacht, die sich äußerst schwierig gestalteten, da eine neue Strecke von etwa 20 Meter gefahren werden mußte, um an die Leichen heranzukommen, sind Montag früh beendet worden. Nachdem bereits am Samstag zwei Leichen geborgen worden waren, sind die beiden letzten Verschütteten am Montag geborgen worden. Die Grubenverwaltung hat sich wegen Freigabe der Leichen an die Staatsanwaltschaft gewandt, da die Toten, die schon stark in Verwesung übergegangen sind, alsbald beerdigt werden sollen. Die Bergleute sollen auf dem Janower Friedhof am Mittwoch in einem gemeinsamen Grab beigesetzt werden

Schwere Stürme an der Nord- und Ostsee

Aus den verschiedenen Teilen des Reiches treffen Meldungen über schwere Stürme ein. Die ganze Nordseeküste ist von einem heftigen Nordweststurm heimgesucht worden, der u. a. den Dampfer „Glückauf" des Norddeutschen Lloyd auf seiner letzten Helgolandfahrt zwang, die Nacht über in Helgoland zu bleiben. Auf Borkum wurde Windstärke 10 gemessen. In der Nähe von Utlandhorn geriet ein Fischkutter in Seenot. Die Besatzung konnte gerettet werden.

Aus Königsberg wird starker West- und Südweststurm an der Ostseeküste gemeldet. Auch die Stadt Königsberg selbst hatte stark darunter zu leiden. In den Parkanlagen wurden zahlreiche Bäume geknickt und entwurzelt, Schilder wurden heruntergerissen, Fensterscheiben zertrümmert und sonstige Schäden an den Häusern angerichtet. Der Pregel ist gestiegen und droht über die Ufer zu treten.

In Danzig wurde die Zeltkuppel eines dort gastierenden Zirkusses und ein Stallzelt umgeworfen. Die Tiere sind provisorisch im städtischen Schlachthof untergebracht worden.

Unglückschronik

Drei Tote bei einem Bootsunglück

Aus Waren wird berichtet: Am Sonntagnachmittag ertranken auf der Müritz am sogenannten Rosendorf der Lehrer Langmacher, dessen Sohn Günter und dessen Bruder Walter Langmacher.

Ein Feuerwehrauto verunglückt

Aus Zittau, 12. September, wird berichtet: Ein zu einer Uebung fahrender voll besetzter Mannschaftswagen der hiesigen freiwilligen Feuerwehr ist auf der Goethestraße verunglückt. Vier Feuerwehrmänner wurden schwer, vier andere leichter verletzt.

In der Scheune verbrannt

In Großhadern brannte am Sonntag auf dem Grundstück des Oekonomierats Weinberger eine große Scheune mit Erntevorräten nieder. Bei den Aufräumungsarbeiten entdeckten die Feuerwehrleute die ganz verkohlte Leiche eines Knaben.

Dorfbrand bei Klagenfurth

Die Ortschaft Oberdörfl im Rosental ist gestern früh durch einen Brand fast gänzlich vernichtet worden. Das Feuer hatte, durch starken Wind begünstigt, so rasend um sich gegriffen, daß die Bewohner kaum alarmiert waren, als bereits das ganze Dorf in Flammen stand. Die Feuerwehren konnten nicht viel ausrichten, weil außer dem Dorfbrunnen kein Wasser zur Verfügung stand. Insgesamt sind 15 Gebäude niedergebrannt und nur ein einziges Wohnhaus ist notdürftig erhalten geblieben.

Erdstoß in Niederländisch-Indien

Aus Amboina (Niederländisch-Indien), 12. September, wird gemeldet: Infolge eines heftigen Erdstoßes, wie man seit 1898 keinen verspürt hatte, sind 60 Häuser eingestürzt

Lichtburg Soest

Des großen Beifalls wegen findet **heute abend**, 8,15 Uhr, nochmals eine besondere Vorstellung statt.

1.

„Das Lied einer Nacht"
mit dem berühmten Sänger Jan Kiepura

2.

Goethe-Gedenkfilm
Ein fabelhaftes Tonwerk.

3.

Das hervorragende bunte **Beiprogramm.**
Kassenöffnung 7,30 Uhr, Beginn der Vorstellung pünktlich 8,15 Uhr. Ende 10,30 Uhr. Das ganze Programm ist in seiner Zusammenstellung einzigartig schön!

Dem Eigentümer dem im Jahre 1924 auf dem Hattroperschützenfest
das Fahrrad gestohlen
worden ist, Marke „Exselsior" kann sich meld., d. Täter ist namhaft. Zu erfr. in d Gesch. unter Nr. 4760.

Geräumige
2 oder 3 Zimmerwohnung
mit Küche am liebsten mit Bad zu mieten gesucht. Offerten unter Nr. 4756 an die Gesch.

Stocklatten
geschält, keine hiesige,
starke Kamplatten, Packlatten.
Preis günstig.
Holzhandlung Feldmann, Soest, Grandweg.

Schwarze
Schäferhündin
(Name Burga) entlauf Wiederbr. erh. Bel. Färberei Kampschulte.



Sommersprossen beseitigt **unter Garantie** mein einf. Mittel. Auskunft kostenlos: **Salvina, Hamburg 24, N. F 31.**

Musikverein.

Chorproben
beginnen Donnerstag, den 15. ds. Mts. 20 Uhr.

Soester Turnverein von 1862
Donnerstag abd. 8.30 Uhr
Monats-Versammlung
im Vereinsheim Herm. Andernach.
Um zahlr. Erscheinen bittet: DER TURNRAT

---

2 Zimmerwohnung
zum 1. Oktober od. später zu mieten gesucht.
Offert. unt. Nr. 4758 an die Gesch.

Ehepaar mit einem Kinde sucht zu sofort od. 1. Oktober
Wohnung von 2 bis 3 Zimmer
Offert. mit Preisangabe an die Gesch. u. 4748.

Möbl. Zimmer
in gutem Hause zum 1. Oktober 1932 od. sof. zu vermieten. Zu erfrag. in der Gesch. u. 4754.

Fruchthof Soest
Heute frische
Bückinge
Stck. 5 Pfg. Kiste c. 5 Pfd. nur 80 Pfg.
A. F. Sohl
Ruf 934.



Kampf gegen Kulturschande im Rundfunk!

Gegen Rundfunk-Terror und undeutsches Programm, gegen Funkpaläste und Bonzengehälter, Kampf für einen freien deutschen Rundfunk, für ein deutsches Programm, für eine politische Redefreiheit, für soziale Gerechtigkeit und Herabsetzung der Gebühren auf RM 1.—, das ist das Ziel des

Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer e.V. für Kultur, Beruf und Volkstum
Berlin W 9, Potsdamer Straße 134a.

Jeder deutsche Hörer gehört in unsere Kampffront!
Erklären Sie noch heute Ihren Beitritt.

Der Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer liefert seinen Mitgliedern gegen einen Beitrag von RM 0.90 monatlich zuzüglich 6 Pfg. Bestellgeld die wöchentlich in Kupfertiefdruck erscheinende, mit Europa-Programm ausgestattete, reich illustrierte nationale Rundfunk-Zeitschrift

„Der Deutsche Sender"

und bietet seinen Mitgliedern zahlreiche Vergünstigungen, Bastelkurse, technische Ausbildung, Künstlerdienst, Mikrophon- und Rednerkurse, Fachberatung usw. Einmalige Aufnahmegebühr RM 1.—.

Neu! Neu!
Entfernen von Tragglanz
(Anzüge, Mäntel etc.)
nach dem neuesten Verfahren führt sachgemäß bei billigster Berechnung aus.
Färberei Kampschulte.

Zwangsversteigerung

Mittwoch, den 14. September, versteigere ich um 14 Uhr in Welver in der Gastwirtschaft Griesenbrock:

1 Büfett, 1 Kleiderschrank, 1 Sofa, 1 Vertikow, 1 Tisch, 1 Nähmaschine, 1 Regulator, 1 Schwein,

ferner um 14½ Uhr in der Gastwirtschaft Fröhlich, ebenda:

1 Büfett, 1 Sofa, 1 Tisch, 1 Flurgarderobe, 1 schwarzb. Kuh,

außerdem um 15½ Uhr in Vellinghausen in der Gastwirtschaft Teimann:

1 Dogkart, 1 Vertikow, 1 Nähmaschine, 1 Schreibtisch, 1 Grammophon

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.
Elliger, Obergerichtsvollzieher.

Ingenieurschule Ilmenau
in Thüringen. Maschinenbau und Elektrotechnik. Wissenschaftliche Betriebsführung. Werkmeisterabteilung.

Nordische Hobeldielen:
7/8" 1" 9/8" stark, sowie Rauhspund;
7/8" 1" 9/8" stark alle Längen,
Stabbretter, Fußleisten, Bord- u. Flechtenbretter
zu billigsten Preisen.
Holzhandlung Feldmann,
Grandweg.

Wieder lebensfroh!
Von vielen Tausenden haben wir dieses Urteil schon gehört. Versuchen Sie gegen Ihren Rheumatismus gegen Gicht u. Ischias jetzt auch den Echten
Mate-Gold
35, 70, 1.30 Pfg. Nur im
Reformhaus „Eden"
Soest i. W. Grandweg 5

---

la Qualität
Herrensohlen
RM. 2.70
Herrenabsätze
RM. —.90
Damensohlen
RM. 1.90
Damenabsätze
RM. —.70
Ob genäht, ob geklebt, ob holzgenagelt, der Preis stets gleich.
Schuhklinik
Nichaus
Soest
nur Osthofenstraße 4
Ecke Kolkstraße.

EISU-Stahl- u. Holz-Betten
Schlafzim., Kinderbett, Stahlmatr., Chaiselg., an Jeden, Teila. kaufl. Wasserhöhenbetrieb Soest Grabenstr. 7

Mittwoch u. Freitag
täglich frisch in feinster Qualität:
gr. Schellfisch
Bratschellfisch
Goldbarschfilet
SCHOLLEN
Räucherfische
ferner:
fr. Preißelbeeren
treffen am Donnerstag ein. Bestellungen erbitte umgehend.
Emil Herbener

Von heute bis Freitag
in dicker Eispackung:

la Schellfisch kopflos	Pfd. 30 Pfg.
la Cableau kopflos	Pfd. 26 Pfg.
la Goldbarsch kopflos	Pfd. 26 Pfg.
la Bratschellfisch	Pfd. 22 Pfg
la Fischfilet v. Cabl.	Pfd. 32 Pfg
la Fischfilet v. Goldb.	Pfd. 42 Pfg.
ferner Rohelßbücklinge	Pfd. 20 Pfg.

mit 5 Prozent Rabatt.
Curt Stolper, Soest,
und Filialen.

Aufgebot.

Die nachstehend näher bezeichneten Sparbücher unserer Kasse sind uns als verloren gemeldet:

1. No. 395 lautend auf den Namen Paul Freudricht zu Allagen, ausgefertigt am 20. 5. 1924.
2. No. 1366 lautend auf den Namen Heinrich Steinhoff zu Soest, ausgefertigt am 2. 1. 1925.
3. No. 19 597 lautend auf den Namen Auguste Mauer zu Soest, über RM. 690,19 aufgewertetes Sparguthaben.
4. No. 30 215 lautend auf den Namen Hugo Fortmann zu Brockhausen, über RM. 28,66 aufgewertetes Sparguthaben.
5. No. 47 367 lautend auf den Namen Frau Witwe Stieß zu Beusingsen, über RM. 80,05 aufgewertetes Sparguthaben.
6. No. 48 339 lautend auf den Namen Eheleute Georg Mogge zu Soest, über RM. 21,82 aufgewertetes Sparguthaben.

Die Sparbücher werden mit dem Bemerken aufgeboten, daß gemäß § 20 Absatz 4 der Satzung die Kraftloserklärung erfolgt, wenn bis zum 15. Oktober 1932 ein Widerspruch bei uns nicht geltend gemacht wird.

Soest, den 15. August 1932.

Der Vorstand der Sparkasse der ländl. Gemeinden der Soester Börde.

Zu mieten gesucht:

1. Abgeschl. Etage (4 Wohnräume, Küche, Bad, Bodenzimmer und mögl. Gartenbenutzung).
2. Erdgeschoß-Wohnung (4 Wohnräume, Küche, Badezimmer und Mansarde).
3. Abgeschlossene Etagen (3 Zimmer, Küche und mögl. mit Bad).
4. Mehrere 2—3-Zimmer-Wohnungen, für alleinstehende Damen oder kinderlose Ehepaare).
5. Herrschaftliche, innerhalb der Stadt belegene, abgeschl. Wohnung (6—7 Wohn-Räume, Küche, Badezimmer und Gartenbenutzung).
6. Ruhige Wohnung (4 Zimmer, Küche u. Nebenräume).
7. Einfache 3- und 4-Zimmer-Wohnungen, mögl. mit Stallung.
8. Mehrere Wohnungen auf dem Lande.

Ständig Nachfrage nach Wohnungen aller Art.
Angebote an
„Wohnungsvermittlung Soest"
Am Brüderfor No. 19.

Große REMINGTON - Rebuilt -
Schreibmaschine
Erstaunl. billig Kassapreis RM. 220,—
Remington-Kleinschreibmaschine RM. 148,—
Monatsraten ca. RM. 7,—
Geräuschlose Remington nur noch RM. 252,—
Monatsraten nur RM. 12,—
Erika, die Königin der Kleinschreibmaschinen gegen bequeme Monatsraten von RM. 10,— an
Kropps Bürobedarf,
Brüderstraße 5, Soest, neb. Zig. Storck.

Was muss jeder von Haus Bergmann Klasse 4 ₰ wissen?

Haus Bergmann Klasse ist ein **Meisterstück** der deutschen Zigaretten-Industrie. In eingehender Arbeit haben die Tabak-Sachverständigen unseres Hauses eine für **diesen** Preis noch **nie** dagewesene Zigarette hochwertiger Qualität geschaffen, die **alle** Raucherkreise zufriedenstellen wird.

5 Stück nur 20 ₰ bedeutet für uns: Preisabbau und **Qualitätsaufwertung!**

Verlangen Sie noch heute in Ihrem Zigarrengeschäft
Haus
Bergmann Klasse 4 ₰ DIE Zigarette für Dich und für mich

In jeder Packung Haus Bergmann »Klasse« liegen: Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier und Seidenstickereien nach Entwürfen von Prof. Poetter

